

## Das große Tabu!

HISTORIKER-KONTROVERSEN IN ÖSTERREICH NACH 1945 ÜBER DIE NATIONALE VERGANGENHEIT<sup>1</sup>

von Georg Christoph Berger Waldenegg

Anfang 1987 erschien in einem österreichischen Verlag ein Sammelband mit dem Titel *Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit*. Als Herausgeber zeichneten ein Politologe sowie eine Historikerin, Anton Pelinka und Erika Weinzierl, verantwortlich. Mit ihrer Spannung verheißenden Veröffentlichung beabsichtigten sie,

„einen Beitrag zu der ‚Trauerarbeit‘ zu leisten, zu der Alexander Mitscherlich die Deutschen aufgerufen hat und zu der sich die Österreicher offenkundig nicht mit der gleichen Deutlichkeit aufgefordert fühlten“.<sup>2</sup>

Dabei wollten die beiden auch über die Grenzen Österreichs hinaus bekannten Geisteswissenschaftler „aufklären“, und zwar objektiv aufklären, wie sich präzisieren läßt.<sup>3</sup> Der Obertitel ihres Buches erweist, daß sie damit auf die Beseitigung eines regelrechten in Österreich herrschenden - und auch von anderen Geisteswissenschaftlern behaupteten - langjährigen *Tabus*<sup>4</sup> und dabei wiederum *des* großen bestehenden Tabus schlechthin abzielten. Genauer gesagt ging es ihnen um den vermeintlich ebenso problematischen wie falschen, ja potentiell gefährlichen Umgang mit der eigenen, also *der österreichischen Vergangenheit*. Dabei verwiesen sie auf die „auch österreichischen [...] Wurzeln des Nationalsozialismus“,<sup>5</sup> mithin auf ein Thema, das letztlich der Zeitgeschichte zugeordnet werden kann.<sup>6</sup>

Die Notwendigkeit, an der Zerstörung dieses *Tabus* zu arbeiten, sahen die beiden Wissenschaftler auch noch zehn Jahre später, als sie ihr Buch in einer unveränderten Neuauflage publizieren ließen<sup>7</sup>. Zwar hatte sich ihrer Auffassung nach in der Zwischenzeit diesbezüglich in Österreich

---

<sup>1</sup>Dieser Beitrag geht zurück auf einen Vortrag, den ich auf der *Jahrestagung der Ranke-Gesellschaft, November 2001* in Essen gehalten habe. Er wird auch im Rahmen eines Tagungsbandes in leicht abweichender Form erscheinen, voraussichtliches Erscheinungsdatum Herbst 2002. Das Manuskript des Vortrags wurde überarbeitet und erweitert. Für wertvolle Hinweise danke ich insbesondere Michael Gehler, für redaktionelle Hilfe Tobias Fraund.

<sup>2</sup>Erika Weinzierl/Anton Pelinka, Vorwort, in: *Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit*, hrsg. v. dens., 2. Auflage, Wien 1997 (1987), S. 6-7, hier S. 6.

<sup>3</sup>Denn es heißt weiter: „[...] das Hoffen auf Aufklärung setzt einen gewissen Optimismus voraus - daß eben Aufklärung nicht vergeblich ist, daß Veränderungen des Bewußtseins und Veränderungen des Verhaltens durch Argumente, durch Rationalität (!) möglich sind.“ (ebd.). Das hierbei mitspielende moralisch-aufklärerische Moment verdeutlichen besonders deutlich Ausführungen Erika Weinzierls von 1989: Ernst Hanisch verstehe unter Aufklärung „u. a.“ den Versuch, zu „verhindern“, „daß so etwas Schreckliches [wie 1938 und folgende] wieder passiert“ (*Österreichische Nation und österreichisches Nationalbewußtsein*, in: ZEITGESCHICHTE, 1989, 17, S. 44-62, hier S. 59-60); vgl. Ernst Hanisch, *Zeitgeschichte als politischer Auftrag*, in: ZEITGESCHICHTE, 1985, 13, S. 81-91, hier S. 84.

<sup>4</sup>So sprach etwa noch kürzlich Michael Gehler von einer bis 1986 andauernden „Tabuisierung der NS-Vergangenheit“ (*Die Affäre Waldheim: Eine Fallstudie zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den späten achtziger Jahren*, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Band 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hrsg. v. Rolf Steininger/Michael Gehler, Wien/Köln/Weimar 1997, S. 355-414, hier S. 377). Rudolf Neck konstatierte 1972 ebenfalls „ausgesparte Tabus“ (*Der Februar 1934. Die politische Entwicklung*, in: Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien, 23. bis 28. Oktober 1972, hrsg. v. Ludwig Jedlicka/ders. (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 1), München 1973, S. 104-109, hier S. 105).

<sup>5</sup>Pelinka/Weinzierl, *Vorwort* zur 2. Auflage, in: *Das große Tabu*, S. 6.

<sup>6</sup>In Anlehnung an Thomas Angerer hat Michael Gehler jüngst dafür plädiert, den Begriff Zeitgeschichte - bezogen auf Österreich - erst für die Jahre ab „1939/45“ anzuwenden (*Zeitgeschichte im Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung* (Herausforderungen. Historisch-politische Analysen, 12), Bochum 2001, S. 46). Ungeachtet dieser diskutierenswerten Überlegung halte ich mich hier noch an den durch lange Zeit üblichen und noch nicht überwundenen Periodisierungsansatz. Danach beginnt die österreichische Zeitgeschichte mit dem Jahr 1918.

<sup>7</sup>Wien 1997.

„einiges“ zum Positiven „geändert“; da aber die „Ursachen der Tabuisierung nach wie vor wirkten“, könne ihre „Benennung [...] niemals überholt“ sein.<sup>8</sup>

Wohlgermerkt machten Weinzierl und Pelinka ein solches *Tabu* nicht nur in der Bevölkerung im allgemeinen, sondern auch im „akademischen Bereich“ im besonderen aus, obgleich sich die konstatierte Veränderung laut ihnen „vor allem“ hier bemerkbar gemacht hat.<sup>9</sup> Unausgesprochen dürften sie damit nicht zuletzt Historiker gemeint haben. Schließlich sind diese quasi von Berufs wegen mit der Untersuchung der Vergangenheit befaßt.

Diesen Befund haben unsere beiden Autoren keineswegs als erste formuliert.<sup>10</sup> Ihm widerspricht aber zumindest auf den ersten Blick eine Äußerung Adam Wandruszkas aus dem Jahre 1990, die der mittlerweile schon seit einigen Jahren (1997) verstorbene Nestor der österreichischen Nachkriegsgeschichte nur wenige Jahre nach der Erstauflage des angeführten Sammelbandes im Rahmen einer Debatte „über Faschismus“ tätigte:

„Uns [Österreichern] wird immer wieder vorgeworfen, die Österreicher hätten keinen Historikerstreit. Die Österreicher haben einen Historikerstreit seit dreißig Jahren, nur ist er nicht so spektakulär wie jener in der Bundesrepublik Deutschland.“<sup>11</sup>

Die grundsätzliche Berechtigung dieser speziell auf die „Diskussion über Faschismus“ bezogenen Behauptung kann weder aus damaliger noch aus heutiger Sicht abgestritten werden. Denn zweifellos wurden in Österreich wenigstens seit 1960 historische Kontroversen über die nationale jüngere Vergangenheit ausgefochten, auch wenn ein „Historikerstreit“ zuweilen vermißt beziehungsweise sein Entstehen erhofft und sogar vermutet wird.<sup>12</sup> Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß manche dieser Auseinandersetzungen in gewissem Sinne tatsächlich kaum „tiefer reichen als ein oberflächliches ideologisches Hickhack“.<sup>13</sup> Insofern kann also mit Bezug auf die österreichische Geschichtswissenschaft nicht von einem *Tabu* und noch weniger von einem *großen Tabu* gesprochen werden.

Meine folgenden Ausführungen widmen sich dem Problem österreichischer zeitgeschichtlicher Historikerkontroversen. Dabei sei vorab dreierlei angemerkt: Erstens versuche ich, einen vergleichenden Blick zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland im Auge zu behalten. Zweitens fasse ich den Begriff *Kontroverse* eher weit, verstehe darunter also nicht nur spektakuläre, auch öffentliches Aufsehen erregende Debatten, wie es etwa aus bundesdeutscher Perspektive für den *Historikerstreit* des Jahres 1986 gelten würde.

Drittens schließlich stellt sich die Frage nach dem Erkenntniswert meiner Darlegungen. Es kann nicht nur darum gehen, bundesdeutschen Historikern eine ihnen oftmals weitgehend unvertraute Thematik näher zu bringen. Denn die Situation beziehungsweise die Entwicklung der österreichischen Zeitgeschichtsforschung ist schon verschiedentlich Gegenstand von Betrachtungen gewesen. Entsprechendes ließe sich also leicht nachlesen. Besondere Erwähnung verdient die 1990 publizierte, in zwei Aufsätze aufgeteilte und als „Standortsbestimmung“ intendierte Darstellung von Gerhard Botz, *Eine neue Welt, warum nicht eine neue Geschichte?'. Österreichische Zeitge-*

<sup>8</sup> Vorwort zur 2. Auflage, S. 6.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> So hat Fritz Fellner bereits 1966 hat in seiner *Antrittsvorlesung* in Salzburg von der „Verdrängung“ der „Gegenwart und jüngsten Vergangenheit [...] aus dem Bewußtsein des Historikers“ gesprochen (*Geschichte und Gegenwart. Antrittsvorlesung* gehalten am 1. Dezember 1964 (Salzburger Universitätsreden, 6), S. 5-17, hier S. 9).

<sup>11</sup> Adam Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des ‚Anschlusses‘ vom März 1938, hrsg. v. Gerald Stourzh/Brigitta Zaar, Wien 1990, S. 60 (siehe dazu auch das folgende Zitat).

<sup>12</sup> So Helmut Konrad im *Vorwort* einer 1992 publizierten Studie Heidemarie Uhls: „Die Arbeit könnte das Startsignal für einen österreichischen Historikerstreit darstellen.“ (Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem ‚Anschluß‘ (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek, 17), Wien/Köln/Weimar 1992, S. 11). Dies gilt im übrigen auch für einen „Historikerinnenstreit“ zur Frauen- und Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus“ (Johanna Gehmacher, *Kein Historikerinnenstreit [...] Fragen einer frauen- und geschlechtergeschichtlichen Erforschung des Nationalsozialismus in Österreich*, in: ZEITGESCHICHTE, 1995, 22, S. 109-123, hier S. 109).

<sup>13</sup> Hanisch, *Zeitgeschichte*, S. 87.

*schichte am Ende ihres Jahrhunderts.*<sup>14</sup> Gerade ihr Tenor rechtfertigt aber, einen erneuten Versuch in dieser Richtung zu unternehmen. Botz' Ausführungen sind nämlich zwar sehr informativ und grundsätzlich neutral gehalten. Sie enthalten allerdings gewisse Einseitigkeiten, die mit der noch zu erörternden Politisierung der österreichischen Zeithistoriographie zusammenhängen.<sup>15</sup>

Nun bin ich zwar selbst österreichischer Staatsbürger, zugleich aber in Deutschland aufgewachsen und damit in der deutschen Wissenschaftslandschaft sozialisiert worden. Insofern werfe ich also eher einen Blick von *außen* auf das hier zur Debatte stehende Problem: Ein solcher Zugriff ist gewiß mit spezifischen Risiken behaftet, birgt jedoch aufgrund einer größeren Distanz auch spezifische Chancen für eine neutrale Beurteilung. Außerdem berücksichtige ich zahlreiche Aussagen insbesondere von Historikern, die im Zuge einer Analyse der Entwicklung der Zeitgeschichtsforschung in Österreich bisher – soweit ich sehe – völlig vernachlässigt worden sind. Gemeint sind umfangreich publizierte Diskussionsprotokolle, die im Rahmen zahlreicher Tagungen der sogenannten *Wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938* stattgefunden haben.<sup>16</sup>

Ich gehe in vier Abschnitten vor: Zunächst (I) werfe ich zum besseren Verständnis des Nachfolgenden einen kurzen Blick auf die konkrete Entwicklung der österreichischen Zeitgeschichtsforschung. Danach (II) erläutere ich die angeführte vergleichsweise starke Politisierung, um anschließend (III) die zitierten Worte Wandruszkas näher zu analysieren. Zuletzt (IV) skizziere ich Grundzüge besonders heftig diskutierter zeitgeschichtlicher Fragen. Dabei richtet sich mein Augenmerk fast ausschließlich auf die Epoche des sogenannten „Staates, den keiner wollte“<sup>17</sup>, also auf die *Erste Republik* von 1918 bis 1938<sup>18</sup>. Diese Beschränkung hat mit Platzgründen sowie damit zu tun, daß sich – wie noch erläutert wird – auch die zeitgeschichtlichen Analysen und Debatten lange Zeit fast ausschließlich auf diese Jahre konzentrierten beziehungsweise der „Abschied vom dominanten Bezug auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts“<sup>19</sup> recht lange dauerte. Am Ende stehen zusammenfassende Überlegungen.

## Die Entwicklung der österreichischen Zeitgeschichtsforschung

Zunächst sei also ein Blick auf die konkrete Entwicklung der Zeitgeschichtsforschung in Österreich geworfen. Grundsätzlich ist festzustellen, daß sie um einiges später als in der Bundesrepublik Deutschland einsetzte. Deren quasi programmatische zeitgeschichtliche „Geburtsstunde“ läßt sich

<sup>14</sup>„Eine neue Welt, warum nicht eine neue Geschichte?“. *Österreichische Zeitgeschichte am Ende ihres Jahrhunderts, Teil I*, in: ÖSTERREICHISCHE ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFTEN, 1990, 1, S. 49-76, hier S. 49; „Eine neue Welt, warum nicht eine neue Geschichte?“. *Die „goldenen Jahre der Zeitgeschichte“ und ihre Schattenseiten, Teil II*, in: Ebd., S. 67-86. Instruktiv nunmehr des weiteren: Gehler, *Zeitgeschichte*, S. 45-71; Siegfried Mattl, *Bestandaufnahme zeitgeschichtlicher Forschung in Österreich*, hrsg. v. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien 1983, siehe vor allem S. 9-14, 27-53. Er nimmt auch eine quantitative Gewichtung vor.

<sup>15</sup>Siehe dazu weiter unten.

<sup>16</sup>Zu dieser Kommission weiter unten. Allerdings wurden die zunächst fast wörtlich wiedergegebenen Diskussionsprotokolle (Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck, *Vorwort*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 7-8, hier S. 7) im Laufe der Zeit nur noch in „gestraffter“ Form publiziert (Rudolf Neck/Adam Wandruszka, *Vorwort*, in: Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978, hrsg. v. dens. (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 7), München 1981, S. 9-10, hier S. 10). Auch wurden die Diskussionsbeiträge den „Rednern zur Genehmigung vorgelegt“ (Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck, *Vorwort*, in: Das Jahr 1934: 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974, hrsg. v. dens. (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 2), München 1975, S. 7-8, hier S. 7). Eine Ausnahme bilden die Protokolle des 10. Tagungsbandes; siehe dazu Isabella Ackerl, *Vorwort*, in: Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik. Auswahl der bei den Symposien in Wien vom 11. bis 13. November 1980 und am 27. und 28. Oktober 1982 gehaltenen Referate, hrsg. v. ders./Rudolf Neck (Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, 10), Wien 1986, S. 7).

<sup>17</sup>So der bekannte Titel eines Werks von Helmut Andics (*Der Staat, den keiner wollte*. Österreich 1918-1938, Wien 1962).

<sup>18</sup>Manche Historiker schränken die Dauer der *Ersten Republik* auf die Zeit bis zur Errichtung des *Ständestaates* 1933/34 ein. Dies bildet jedoch keine Mehrheitsmeinung, der ich mich hier der Einfachheit halber anschließe.

<sup>19</sup>Gehler, *Zeitgeschichte*, S. 46.

ja mit der Gründung des *Instituts für Zeitgeschichte* 1950 (sowie mit dem Beginn der Herausgabe der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* durch Hans Rothfels 1953 festmachen).<sup>20</sup>

In Österreich hingegen schlug eine solche Geburtsstunde nach „Jahren des historiographischen Schweigens“<sup>21</sup> frühestens Ende 1960. Im Dezember dieses Jahres trat in dem südwestlich von Wien gelegenen Reichenau die erste einschlägige „Expertentagung“<sup>22</sup> zusammen, deren Ergebnisse in einer gut dokumentierten Veröffentlichung vorliegen<sup>23</sup>. Dort ging es aber zunächst einmal nicht zuletzt um die Frage einer etwaigen künftigen Institutionalisierung und Organisierung österreichischer zeitgeschichtlicher Forschung. So „fehlten“ etwa noch „universitäre zeitgeschichtliche Institute“,<sup>24</sup> womit es auch weitgehend an der „universitären Verankerung der Zeitgeschichtsforschung“ mangelte.<sup>25</sup> Erst 1966 erfolgte die als „wichtiger Schritt im längeren Prozeß der Ausdifferenzierung des Faches Zeitgeschichte“<sup>26</sup> beurteilte Gründung des ersten *Instituts für Zeitgeschichte* in Wien. Und es dauerte nochmals sechs Jahre, ehe die erste größere Tagung über das wenigstens aus damaliger Sicht dezidiert zeitgeschichtliche Thema *Oesterreich 1927 bis 1938* abgehalten werden konnte.<sup>27</sup>

Für diese „relative“<sup>28</sup> Verspätung zeichneten mehrere Gründe verantwortlich. Erstens wurden in der Bundesrepublik Deutschland die Archive vergleichsweise zügiger geöffnet und auch einschlägige zeitgeschichtliche Akten rascher publiziert.<sup>29</sup> Dieser Punkt verdient Beachtung. Denn auch Österreich bildete ja seit März 1938 einen Teil des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in dem Österreicher überdies teilweise prominente Funktionen ausübten.<sup>30</sup> In dieser Beziehung könnte der Österreich durch die alliierte *Moskauer Deklaration* vom 1. November 1943 zugewiesene Status als das „erste“ durch die „Hitleraggression“ besetzte „freie Land“ und damit also als „Opfer“<sup>31</sup> wirksam geworden sein. Diese Tatsache, die letztlich in der „Kernfrage“ mündet, ob „Auschwitz“

<sup>20</sup>Allgemein zur Entwicklung der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 und also auch der zeitgeschichtlichen Forschung siehe: Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1993 (1989).

<sup>21</sup>Botz, *„Eine neue Welt“*, S. 51.

<sup>22</sup>Ludwig Jedlicka, *Die Entwicklung der zeitgeschichtlichen Forschung von der Reichenauer Tagung 1960 bis heute*, in: *Österreich 1927 bis 1938*, S. 11-17, hier S. 11.

<sup>23</sup>*Österreichische Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht*. Bericht über die Expertentagung von 14. XII. bis 16. XII. 1960 in Reichenau, hrsg. v. Anton Kolbabeck, Wien 1961.

<sup>24</sup>So richtig Wolfgang Neugebauer, *Widerstandsforschung in Österreich*, in: *Das große Tabu*, S. 163-173, hier S. 165.

<sup>25</sup>Karl Stuhlpfarrer, *Eigenheit und Fremde. Die österreichische Transformation der NS-Vergangenheit*, in: ZEITGESCHICHTE, 1999, 26, S. 28-37, hier S. 33.

<sup>26</sup>So auf einer Website des *Instituts für Zeitgeschichte* selbst <<http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/leitbild.htm>>.

<sup>27</sup>Vgl. Anm. 4. Der von dieser Kommission betrachtete Zeitraum erstreckte sich zunächst also nur auf die Jahre 1927-1938, wurde dann aber zurück bis 1918 ausgedehnt (Rudolf Neck, *Von der Koalition zur Konfrontation: Die erste Etappe*, in: Die Ereignisse des 15. Juli 1927. Protokoll des Symposiums in Wien am 15. Juni 1977, hrsg. v. dems./Adam Wandruszka (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 5), München 1979, S. 11-16, hier S. 11). Die zunächst gewählte Begrenzung hängt damit zusammen, daß der 15. Juli 1927 „oft“ als ein „Wendepunkt in der politischen Geschichte der Ersten Republik“ (Gerhard Botz, *Die „Juli-Demonstranten“, ihre Motive und die quantifizierbaren Ursachen des 15. Juli 1927*, in: Ebd., S. 17-59, hier S. 17) und als „Nabel der österreichischen Republikgeschichte“ (Karl Haas, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 236) angesehen wurde. Die zeitliche Ausdehnung erfolgte im *Fünften Band* (dazu Rudolf Neck, *Diskussionsbeitrag*, in: *Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen*. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976, hrsg. v. Ludwig Jedlicka/dems. (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 4), München 1977, S. 471-472, hier S. 472).

<sup>28</sup>Botz, *„Eine neue Welt“*, S. 50.

<sup>29</sup>Eine Ausnahme bildeten insbesondere Akten von Gerichtsverfahren (siehe hierzu kurz ebd., S. 53, auch Anm. 11).

<sup>30</sup>Siehe hierzu etwa Karl Stuhlpfarrer, *Österreich – Mittäterschaft und Opferstatus*. Die Partizipation der Österreicher am NS-Regime, in: *Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944-1948*, hrsg. v. Ulrich Herbert/Axel Schildt, Essen 1998, S. 301-317.

<sup>31</sup>Zu generellen interessanten Überlegungen zu diesem Begriff und zu seiner Anwendung in Österreich siehe Gerhard Botz, *Opfer/Täter-Diskurse*. Zur Problematik des ‚Opfer‘-Begriffs, in: *Zeitgeschichte im Wandel*, 3. Österreichische Zeitgeschichtstage 1997, hrsg. v. Gertraud Diendorfer/Gerhard Jagschitz/Oliver Rathkolb, Innsbruck/Wien 1998, S. 223-236. Die Moskauer Deklaration ist jetzt abgedruckt in: Robert H. Keyserlingk, *1. November 1943: Die Moskauer Deklaration – Die Alliierten, Österreich und der Zweite Weltkrieg*, in: *Österreich im 20. Jahrhundert*, S. 9-39, hier S. 34 (Dokument 1). Dort heißt es unter anderem: „[...] first free country to fall victim [...]“

als negativer Pol zur österreichischen Geschichte“ gehört,<sup>32</sup> wird uns im folgenden noch wiederholt beschäftigen.

Zweitens wurde die öffentliche Zugänglichkeit der Archive durch einen zunächst teilweise beharrlich ausgeübten bürokratisch-politischen Widerstand behindert, der sich offenbar vor allem auf Ebene der Länder bemerkbar machte.<sup>33</sup> Doch auch auf Bundesebene trat in dieser Hinsicht erst 1966 „nach jahrelangem Tauziehen“ und teilweise erst infolge eines „Gesinnungswandels in der Mentalität“ der Archivare<sup>34</sup> eine Änderung ein. Noch Anfang der siebziger Jahre konnte der damalige Geschäftsführer der *Wissenschaftlichen Kommission* Ludwig Jedlicka – der erste Historiker in Österreich überhaupt, der Zeitgeschichte lehrte – in dieser Hinsicht „noch immer [...] vorhandene [...] beträchtliche Schwierigkeiten“ konstatieren. Folgt man Karl Stuhlpfarrer, so sind sie bis heute nicht vollständig ausgeräumt.<sup>35</sup>

Drittens ist im Zusammenhang mit der erwähnten Opferrolle die in Österreich auch unter Historikern weit verbreitete und im sogenannten kollektiven Gedächtnis partiell wohl recht tief verankerte Einstellung zu nennen, daß man sich eben als gleichsam anerkanntes Opfer national-sozialistischer Expansion der Erforschung der eigenen näheren Vergangenheit nicht näher kritisch zuwenden müsse. Diese Einstellung hielt wenigstens bis Mitte der sechziger Jahre an.<sup>36</sup> Dies gilt sowohl für die „allzu lange [...] vernachlässigten“<sup>37</sup> Jahre des sogenannten Anschlusses<sup>38</sup> zwischen 1938 und 1945, über die noch 1985 „nur wenig bekannt“ war,<sup>39</sup> als auch für die dahin führende Entwicklung. Mehr oder minder kollektivpsychologische Momente wie „Schuldabwehr“<sup>40</sup> spielten hierbei sicher eine Rolle.<sup>41</sup> Doch auch um eine möglicherweise bestehende eigene Verantwortung für die Vorgänge um den in wenigen Tagen im März 1938 durchgeführten sogenannten<sup>42</sup> *Anschluß* selbst meinte man sich nicht allzusehr kümmern zu müssen. Vielmehr bezog man gerne „im allgemeinen“ einen „Standpunkt der Selbstbemitleidung“.<sup>43</sup> Ob letztere freilich tatsächlich nicht selten an „Selbsthaß“ im Sinne einer „schweren Identitätsstörung“ grenzte, sei dahingestellt.<sup>44</sup>

Das Übergehen des *Anschlusses* verwundert: Denn schließlich stellt dieses Ereignis zweifellos eine „einschneidende Zäsur in der Geschichte Österreichs des 20. Jahrhunderts“ dar<sup>45</sup>. Damit nicht genug, führt es zugleich „in das tiefste Dunkel unserer jüngsten Vergangenheit“ hinein, wie zwei zeitweilige Geschäftsführer der angeführten *Wissenschaftlichen Kommission*, Rudolf Neck und Wandruszka, anlässlich der Publikation eines 1981 erschienenen Tagungsbandes mit dem ein-

<sup>32</sup>Ernst Hanisch, *Der Ort des Nationalsozialismus in der österreichischen Geschichte*, in: NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, hrsg. v. Emmerich Tálos/dems./Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder, Wien 2001 (Nachdruck der Ausgabe von 2000), S. 11-24, hier S. 11.

<sup>33</sup>Jedlicka, *Entwicklung*, S. 12 (siehe dazu auch das folgende Zitat).

<sup>34</sup>Einen solchen *Gesinnungswandel* forderte 1960 der damalige Unterrichtsminister Heinrich Drimmel ein (*Diskussionsbeitrag*, in: Österreichische Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht, S. 114-116, hier S. 116).

<sup>35</sup>Stuhlpfarrer, *Eigenheit und Fremde*, S. 33.

<sup>36</sup>Botz spricht von „fast zwanzig Jahren“ (*Eine neue Welt*, S. 51).

<sup>37</sup>So Gerald Stourzh noch 1989 (*Einige Überlegungen zur Lage der Zeitgeschichte*, in: Wissenschaft und Freiheit. Ideen zu Universität und Universalität, hrsg. v. Eberhard Busek/Wolfgang Mantl/Meinrad Peterlik, Wien/München 1989, S. 141-143, hier S. 141).

<sup>38</sup>Zu unterschiedlichen Facetten dieses problematischen Begriffs kurz Gerhard Botz, *Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich*. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938-1940) (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, 1), 2., ergänzte Auflage, Wien 1976 (1972), S. 11, Anm. 1.

<sup>39</sup>Radomír Lua, *Der Widerstand in Österreich 1938-1945*, Wien 1985, S. 13-16, hier S. 13.

<sup>40</sup>Brigitte Bailer, *Kriegsschuld und NS-Gewaltverbrechen in der österreichischen Nachkriegsdiskussion*, in: Zeitgeschichte im Wandel, S. 122-129, hier S. 122.

<sup>41</sup>Siehe hierzu etwa: Meinrad Ziegler/Waltraud Kannonier-Finster, *Österreichisches Gedächtnis*. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek, 25), Wien/Köln/Weimar 1991.

<sup>42</sup>Wie Klemens v. Klemperer richtig gemeint hat, ist der Begriff *Anschluß* „reflexiv und voluntaristisch“, tatsächlich handelte es sich im März 1938 aber zunächst um eine Annexion (*Bemerkungen zur Frage Anschluß – Annexion – Identitätsbewußtsein in der neueren Geschichte Österreichs*, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 45-52, hier S. 45).

<sup>43</sup>Rudolf Neck, *Bemerkungen zum Ende der Ersten Republik*, in: *Anschluß 1938*, S. 11-15, hier S. 13.

<sup>44</sup>Siehe dazu Ernst Hanisch, *„Selbsthaß“ als Teil der österreichischen Identität*, in: ZEITGESCHICHTE, 1996, 23, S. 136-145, hier S. 140.

<sup>45</sup>So richtig Gerald Stourzh, *Vorwort*, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. IX-X, hier S. X.

schlägigen Titel *Anschluß 1938* feststellten.<sup>46</sup> Dessen ungeachtet konnten die Herausgeber eines 1988 erschienenen Sammelwerks über *NS-Herrschaft in Österreich* zurecht, aber eigentlich „kaum glaubhaft“ äußern, den „ersten Versuch österreichischer Historiker und Sozialwissenschaftler [...] einer Gesamtdarstellung“ über diese Zeit „gewagt“ zu haben.<sup>47</sup>

Außerdem war viertens der historiographische Blick noch immer stark auf die Zeit bis 1918 gerichtet. Dabei wurde unter anderem über die freilich noch immer aktuelle Frage diskutiert, ob die Habsburgermonarchie beziehungsweise Österreich-Ungarn nun ein „notwendiger Völkerverein“, oder aber ein „Völkerkerker“ gewesen sei.<sup>48</sup> Im internationalen Vergleich dürfte diese Konzentration auf „weiter zurückliegende Epochen der Geschichte“ wohl tatsächlich eher außergewöhnlich sein;<sup>49</sup> die Situation im sogenannten *Nachfolgestaat Österreich* wird damit freilich relativ treffend beschrieben. Der für pointierte Formulierungen bekannte ehemalige Salzburger Ordinarius Fritz Fellner hat es sogar für „einer historischen Untersuchung wert“ erachtet,

„nachzuforschen, ob es je ein anderes Staatsgebilde gegeben hat, das so ausschließlich mit dem Rücken zur Zukunft und dem Blick in die Vergangenheit begründet worden ist wie die Zweite Republik Österreich“.<sup>50</sup>

Freilich spielte bei dieser Hinwendung auf die Zeit vor 1918 wohl auch die Hoffnung mit, sich auf diese Weise eben gerade *nicht* mit der jüngeren und von der *ersten* Generation der Nachkriegszeit-historiker im Sinne von Hans Rothfels noch *miterlebten* Geschichte konfrontieren zu müssen.<sup>51</sup> Dies könnte um so mehr der Fall gewesen sein, als man diese Geschichte eventuell auch *mit* zu verantworten hatte.

Diese vor langem auch schon von Botz geäußerte Vermutung<sup>52</sup> erscheint um so berechtigter unter Berücksichtigung eines fünften Aspekts. Er betrifft die universitäre personelle Nachkriegssituation der österreichischen Geschichtswissenschaft. Zwar hat unmittelbar nach Kriegsende in diesem Bereich eine nicht unbeträchtliche Erneuerung stattgefunden; doch kehrten nicht wenige der von Entlassungen betroffenen Historiker später in ihr Amt zurück. Somit hatten in den ersten Jahrzehnten nach 1945 noch Historiker Schlüsselpositionen an Universitäten inne, die selbst in der Zeit davor entweder auch schon gelehrt, oder aber ihre universitäre Ausbildung erfahren hatten. Nicht alle von ihnen konnten aber aufrichtig an einer möglichst unvoreingenommenen Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit interessiert sein. Vielleicht wollte der längere Zeit auch als Generaldirektor des *Österreichischen Staatsarchivs* fungierende Neck darauf anspielen, als er bei der „Begrüßung“ der Teilnehmer der ersten Tagung der erwähnten *Wissenschaftlichen Kommission* „ganz erhebliche Widerstände“ anmerkte, „die Zeitgeschichte auch auf akademischem Boden gesellschaftsfähig zu machen“.<sup>53</sup>

<sup>46</sup>Neck/Wandruszka, *Vorwort*, in: *Anschluß 1938*, S. 9.

<sup>47</sup>Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder, *Vorwort*, in: *NS-Herrschaft in Österreich*, S. 9-10, hier S. 9.

<sup>48</sup>Adam Wandruszka, *„Notwendiger Völkerverein“ oder „Völkerkerker“?*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Bd. 3: *Die Völker des Reiches*, Teilband 1, hrsg. v. Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch, Wien 1980, S. XIII-XVIII. Zur Aktualität dieser Frage siehe die programmatische Stellungnahme der Herausgeber der *Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*: Sie beanspruchen eine „kritische“ Auseinandersetzung „mit der Frage nach der Unterdrückung von nationaler Selbstbestimmung und von Menschenrechten in jener Donaumonarchie, die heute im Zusammenhang mit dem imaginierten neuen ‚Mitteleuropa‘ gerne verklärt wird“ (*Editorial*. Zur Gründung der ÖZG, in: *ÖSTERREICHISCHE ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFTEN*, 1990, 1, S. 5-8, hier S. 6f.); siehe: <<http://www.univie.ac.at/Wirtschaftsgeschichte/OeZG/OeZG901.html#Editorial>>.

<sup>49</sup>So Norbert Schausberger, *Zeitgeschichte, die Geschichte unserer Zeit*. Fachwissenschaftliche und didaktische Implikationen, in: *ZEITGESCHICHTE*, 1979/80, 7, S. 79-105, hier S. 79.

<sup>50</sup>Fritz Fellner, *Tradition und Innovation aus historischer Perspektive*, in: *25 Jahre Staatsvertrag. Protokolle des Staats- und Festaktes sowie der Jubiläumsveranstaltungen im In- und Ausland*, hrsg. v. der österreichischen Bundesregierung und dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Institut für Geschichte der Universität Wien, Wien 1981, S. 237-245, hier S. 238.

<sup>51</sup>Siehe hierzu Hans Rothfels' programmatische, mit *Zeitgeschichte als Aufgabe* überschriebene Einführung im ersten Band der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (1953, 1, S. 1-8).

<sup>52</sup>Botz, *Die Eingliederung Österreichs*, S. 13.

<sup>53</sup>Rudolf Neck, *Begrüßung*, in: *Österreich 1927 bis 1938*, S. 11.

Inzwischen hat sich zumindest die beschriebene institutionelle Situation deutlich gebessert. Da wäre etwa das erwähnte, in Wien beheimatete und sich „bis in die 80er Jahre hinein“<sup>54</sup> vorwiegend mit den „Entwicklungen und Konflikten in der Ersten Republik“<sup>55</sup> beschäftigende *Institut für Zeitgeschichte*. Auch andere Institute beziehungsweise Lehrstühle widmen sich nunmehr zeitgeschichtlichen Fragestellungen.<sup>56</sup> Zudem setzen sich manche außeruniversitäre Einrichtungen wie das *Ludwig Boltzmann Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung* und das 1963 ins Leben gerufene *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* mit speziellen zeitgeschichtlichen Problemen auseinander. Seit 1973 gibt es zudem ein einschlägiges Publikationsorgan mit dem Titel *Zeitgeschichte*.<sup>57</sup> Überdies werden seit 1993 in zweijährigem Abstand sogenannte *Österreichische Zeitgeschichtstage* abgehalten. Sie sollen als „Standortbestimmung, Leistungsschau und Diskussionsforum“ zugleich dienen.<sup>58</sup> Es ließe sich noch manch anderes mehr anführen. Nicht zuletzt fällt dabei gerade im Vergleich mit der Bundesrepublik auf, daß die Zeitgeschichte in Österreich ein „gleichberechtigter Pflichtgegenstand im Studienplan Geschichte“ ist.<sup>59</sup>

Man kann also durchaus von einem „Aufschwung der österreichischen Zeitgeschichtsforschung“ sprechen, wie es Wolfgang Neugebauer, *Wissenschaftlicher Leiter* des erwähnten *Dokumentationsarchivs*, bereits 1987 getan hat.<sup>60</sup> Ebenso trifft die Feststellung einer „seit einigen Jahren“ bestehenden „Hochkonjunktur“ der Zeitgeschichte zu,<sup>61</sup> die ihrem „Schattendasein“ ein allmähliches Ende bereitet hat.<sup>62</sup> Dennoch haben es Zeithistoriker nach wie vor schwerer als anderswo, auch als in der Bundesrepublik. Dabei fällt einmal mehr die Quellenlage ins Gewicht. Der Wissenschaft stehen nämlich noch immer verhältnismäßig wenig publizierte Archivalien zur Verfügung, was Fellner bereits 1972 angemahnt<sup>63</sup> und Neck gut zehn Jahre danach nochmals betont hat.<sup>64</sup> Die Mitte der siebziger Jahre einsetzenden „Vorbereitungen für eine Aktenedition“<sup>65</sup> auf „systematischer“<sup>66</sup> und nicht auch von „politischen Motiven“ gelenkter Basis<sup>67</sup> kamen nur langsam voran. Dies gilt sowohl für innen- als auch für außenpolitische Materialien. Während die systematische Veröffentlichung innenpolitischer Dokumente immerhin schon 1983 einsetzte, trifft dies für außenpolitische Dokumente erst seit 1993 zu.<sup>68</sup>

Schließlich sind noch zwei weitere Hindernisse zu erwähnen, deren Auswirkungen freilich nur schwer einzuschätzen sind. Zum einen gibt es ganz einfach weniger Historiker und zum anderen sind die finanziellen Möglichkeiten etwa zur umfangreichen Publikation von Akten geringer. Das letztere

<sup>54</sup><<http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/history.htm>>.

<sup>55</sup><<http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/leitbild.htm>>.

<sup>56</sup>Für einen diesbezüglichen Überblick siehe bei Botz, ‚*Eine neue Welt*‘, S. 57-59, S. 70-72.

<sup>57</sup>Hierzu kurz Ulrich Kluge, *Historische Österreich-Forschung: Drei jüngere Zeitschriften*, in: GESCHICHTE UND GESELLSCHAFT, 1985, 11, S. 132-142, hier S. 138-142.

<sup>58</sup>So die drei Herausgeber des dritten Tagungsbandes (Gertraud Diendorfer, Gerhard Jagschitz sowie Oliver Rathkolb, *Einleitung*, in: *Zeitgeschichte im Wandel*, S. 13-15, hier S. 13).

<sup>59</sup>Gehler, *Zeitgeschichte*, S. 13. Deshalb wurden freilich noch lange nicht auch immer die brisanten zeitgeschichtlichen Themen aufgegriffen. Siehe dazu für die Universität Wien: Michael Derndarsky, *Die Berücksichtigung der Zeitgeschichte im Lehrbetrieb der Wiener Universität*. Ein Versuch, in: AUSTRIACA, 1979, Sondernummer 2, S. 235-275, vor allem S. 249-275.

<sup>60</sup>Neugebauer, *Widerstandsforschung*, S. 166.

<sup>61</sup>So schon einige Jahre zuvor der damals als Assistent am *Institut für Geschichte* in Salzburg tätige Robert Hoffmann (*Forschungsschwerpunkt österreichische Zeitgeschichte*. Bemerkungen zu drei Symposien des Jahres 1977, in: ZEITGESCHICHTE, 1980/81, 8, S. 122-131, hier S. 122).

<sup>62</sup>Rudolf Neck, *Zur Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik*, in: *Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik*, Abteilung V: 20. Oktober 1926 bis 4. Mai 1929, Band 1: Kabinett Dr. Ignaz Seipel: 21. Oktober 1926 bis 29. Juli 1927, Bearbeiter Eszter Dorner-Bader, hrsg. v. dems./Adam Wandruszka, Wien 1983, S. VII-X, hier S. VIII.

<sup>63</sup>Fritz Fellner, *Diskussionsbeitrag*, in: *Österreich 1927 bis 1938*, S. 258-259, hier S. 258.

<sup>64</sup>Neck, *Zur Edition*, S. VII.

<sup>65</sup>Siehe dazu Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck, *Vorwort*, in: *Das Jahr 1934*, S. 7f., hier S. 8; Rudolf Neck, *Diskussionsbeitrag*, in: *Das Juliabkommen von 1936*, S. 471-472, hier S. 471.

<sup>66</sup>Neck, *Zur Edition*, S. VII.

<sup>67</sup>Solche Motive konstatiert Neck für frühere begrenzte Editionen (ebd.).

<sup>68</sup>Zurecht wurde noch 1989 das Fehlen einer „umfassenden und brauchbaren Aktenedition zur Außenpolitik der Ersten Republik“ beklagt, hrsg. v. dens. (Isabella Ackerl/Rudolf Neck, *Vorwort*, in: *Saint-Germain 1919*. Protokoll des Symposiums am 29. und 30. Mai 1979 in Wien (Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, 11) München 1989, S. 9-10, hier S. 9).

Problem, auf das auch der in Salzburg lehrende Ernst Hanisch verweist<sup>69</sup>, spielte nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Tagungsbänden der *Wissenschaftlichen Kommission* eine Rolle.<sup>70</sup> Es bewirkte aufgrund einer „völlig defizitären Gestaltung des Budgets“<sup>71</sup> zeitweilig sogar eine „Unterbrechung“ der Publikationstätigkeit von nicht weniger als „eineinhalb Jahren“.<sup>72</sup> Ein anderer Band konnte hingegen erst zehn Jahre nach Abhaltung der entsprechenden Tagung veröffentlicht werden.<sup>73</sup> Dieses Manko wurde auch durch das Interesse ausländischer Historiker im allgemeinen und angelsächsischer Geschichtswissenschaftler im speziellen an österreichischer Geschichte nur partiell kompensiert.<sup>74</sup>

Angesichts all dieser Gegebenheiten war das Ziel der ersten größeren Tagung (1972) zu einem zeitgeschichtlichen Thema auch relativ bescheiden. Es ging zunächst darum,

„[...] einen Boden zu schaffen, auf dem wir miteinander über diese Dinge sprechen können, auf dem wir auch unabhängig von unserer persönlichen politischen Einstellung doch wissenschaftlich die Vergangenheit untersuchen können“.<sup>75</sup>

So formulierte es damals relativ zu Anfang des Symposiums Wandruszka. Zugleich gab er sich optimistisch, daß dies auch gelungen sei. Die Durchsicht der gedruckt vorliegenden Diskussionen zu den einzelnen Tagungsbeiträgen erweist freilich, daß der besagte Boden doch noch sehr brüchig war. Zwar konstatierte der an den Konferenzen des öfteren teilnehmende und auch als Mitglied der *Wissenschaftlichen Kommission* fungierende<sup>76</sup> Hans Mommsen ungeachtet „verschiedener“ zutage getretener „Standpunkte“ eine „fruchtbare [...] Diskussion“.<sup>77</sup> Aber mit Neck befürchtete immerhin einer der beiden Geschäftsführer der *Wissenschaftlichen Kommission* vorübergehend ein „Scheitern unseres Unternehmens“.<sup>78</sup> Dies begründete er mit dem Versuch, die „Kommission“ in einen „Untersuchungsausschuß“ umzufunktionieren, um „über die Vergangenheit Gericht zu sitzen“. Diese Gefahr bestand durchaus, da sich die *Kommission* „mit umstrittenen und durch viele Jahre sogar heftig umkämpften Fragen der österreichischen Geschichte des letzten halben Jahrhunderts“ beschäftigen mußte.<sup>79</sup>

Gegen Ende der Tagung artikuliert Neck sogar seine „Überraschung, um nicht zu sagen, Schockiertheit, über die emotionellen Entladungen, die sich hier namentlich in den ersten Tagen [...] manifestierten“.<sup>80</sup> Dabei hatte er vorübergehend noch optimistischer geklungen, wenn er es als „hervorstechendes Merkmal“ betonte, „daß sich der Zug der Sachlichkeit, das Bestreben Emotionen abzubauen, mehr und mehr durchsetzt“.<sup>81</sup> Auch während anderer Symposien wurde die wissenschaftliche Debatte durch emotionale Ausbrüche überlagert beziehungsweise letztere spielten in diese Debatte mit hinein.<sup>82</sup> Wiederum Neck ermahnte also nicht ohne Grund noch Jahre danach

<sup>69</sup>Hanisch, *Zeitgeschichte*, S. 88.

<sup>70</sup>Siehe etwa Rudolf Neck/Adam Wandruszka, *Vorwort*, in: Die Ereignisse des 15. Juli 1927, S. 9-10, hier S. 9.

<sup>71</sup>Rudolf Neck, *Diskussionsbeitrag*, in: Anschluß 1938, S. 295.

<sup>72</sup>Rudolf Neck und Adam Wandruszka im *Vorwort* zum fünften Band der Publikationsreihe. Dann waren die „finanzielle[n] Schwierigkeiten [...] überwunden“ (*Vorwort*, in: Die Ereignisse des 15. Juli 1927, S. 9).

<sup>73</sup>Isabella Ackerl/Rudolf Neck, *Vorwort*, in: Saint-Germain 1919, S. 9-10, hier S. 9. Hier schreiben sie auch, die Kommission würde „erst seit drei Jahren auf relativ gesicherter Basis“ stehen. Vgl. dazu Isabella Ackerl, *Vorwort*, in: Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik. Protokoll des Symposiums in Wien, 14. und 25. Oktober 1978, hrsg. v. ders./Rudolf Neck (Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, 9), Wien 1986, S. 9.

<sup>74</sup>Dieses Interesse resultiert unter anderem aus einer starken Emigration nach dem *Anschluß*.

<sup>75</sup>Adam Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 62-64, hier S. 64.

<sup>76</sup>Siehe hierzu Hans Mommsen, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 259-261, hier S. 260; vergleiche Felix Kreissler, *Les travaux de la commission de recherche scientifique de l'histoire de l'Autriche de 1927 à 1938*, in: AUSTRIACA, 1975, 1, S. 93-120, hier S. 94.

<sup>77</sup>Mommsen, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 139.

<sup>78</sup>Neck, *Februar 1934*, in: Ebd., S. 104 (siehe dazu auch folgende).

<sup>79</sup>So Robert A. Kann, *Österreich, das Erbe und die Erben*, in: Ebd., S. 182-192, hier S. 182.

<sup>80</sup>Rudolf Neck, *Überblick über die bisherige Tätigkeit der Kommission*. Ergebnisse dieses Symposiums. Ausblick auf die künftige Arbeit, in: Ebd., S. 252-257, hier S. 255. Vergleiche hierzu sehr kurz Botz, ‚Eine neue Welt‘, S. 67f.

<sup>81</sup>Neck, *Schlußwort*, in: Ebd., S. 192-194, hier S. 193.

<sup>82</sup>Dies gilt etwa für eine Tagung, die sich mit dem Putschversuch der Nationalsozialisten von 1934 beschäftigte (Jedlicka/Neck, *Vorwort*, S. 7).



dazu – diesmal konkret bezogen auf die Vorgänge um den *Anschluß* –, sich bei Betrachtungen von „Emotionen“ freizuhalten.<sup>83</sup>

## Die Politisierung der zeitgeschichtlichen Forschung in Österreich

Damit bin ich auch beim zweiten Abschnitt meiner Darlegungen angelangt. Er befaßt sich mit einer von zahlreichen „peculiarities of Austrian History“.<sup>84</sup> Gemeint ist die wenigstens nach außen hin vergleichsweise „besonders starke“<sup>85</sup>, also nicht nur „vermutete“, sondern „tatsächlich“ vorhandene „Politisierung“ insbesondere der zeitgeschichtlichen Forschung: Diese auch von der Öffentlichkeit als solche „wahrgenommene“<sup>86</sup> Politisierung wird von Historikern unterschiedlicher Richtung nicht bestritten. Sie manifestiert sich in mehrfacher Hinsicht, sowohl direkt als auch indirekt.

So ist gar mancher Zeithistoriker parteipolitisch engagiert, vor allem in der ÖVP und SPÖ. Andere wiederum weisen wenigstens starke parteipolitische Affinitäten auf oder stehen bestimmten Interessenverbänden nahe.<sup>87</sup> In Österreich weiß man oft, wer ein *Schwarzer* oder ein *Roter* ist. Dies gilt selbst für Fälle, in denen das jeweilige Parteibuch oder die jeweilige Nähe zu einer Partei nicht offen mit sich herumgetragen wird, wie es für das „deklarierte SPÖ-Mitglied“ Helmut Konrad gilt, der in Graz *Zeitgeschichte* unterrichtet.<sup>88</sup> Zudem verdankt manch ein Historiker seine Karriere auch einem bestimmten Parteibuch. Das in diesem Kontext einmal in Anspielung auf den österreichisch-ungarischen Dualismus nach 1867 geprägte und mehrfach verwendete Wort von den beiden „Reichshälften“ – im übertragenen Sinne also *Schwarze* hier und *Rote* da – trifft den Sachverhalt sehr gut.<sup>89</sup> Ungeachtet ähnlicher Beispiele auch in der bundesdeutschen historiographischen Wissenschaftslandschaft verweist diese Situation wohl doch auf einen signifikanten Unterschied.

Ein weiterer, wenngleich wohl weniger markanter Kontrast liegt in der aktiven Beteiligung von Historikern an Organisationen, die dezidiert gesellschaftspolitische Zielsetzungen verfolgen. So sind Weinzierl und Pelinka Mitglieder der *Gesellschaft für politische Aufklärung*, worauf sie im Vorwort ihres Sammelbandes auch ausdrücklich verweisen.<sup>90</sup> Nun ist es legitim, sich etwa „jahrzehntelang Aufklärungsbemühungen [...] über die Vergangenheit der Österreicher in der NS-Zeit sowie ihrem alt-neuen Antisemitismus“ zu widmen, wie es die einmal als „Mutter Courage der österreichischen *Zeitgeschichte*“ bezeichnete<sup>91</sup> „Historikerin und Geschichtsschreiberin“<sup>92</sup> Weinzierl explizit für sich in Anspruch nimmt;<sup>93</sup> und sollte die Beschäftigung mit Geschichte tatsächlich vorrangig dazu dienen, etwas aus der Vergangenheit zu lernen, so ist es ebenso legitim, den Versuch einer „Neutralisierung der ‚Vergangenheit‘“ kritisch zu hinterfragen<sup>94</sup> oder in „erinnernder Aufklärung [...] unserer Geschichte den Sinn eines Weges zur Freiheit in Europa zu geben“.<sup>95</sup>

Es fragt sich aber, ob solche Bestrebungen – bewußt oder unbewußt – nicht immer auch von politischen beziehungsweise eben gesellschaftspolitischen und also nicht wissenschaftlichen Beweggründen genährt sind. Und vermögen letztere wiederum vermeintlich objektiv erbrachte histo-

<sup>83</sup>Neck, *Bemerkungen*, S. 13.

<sup>84</sup>So Harry Ritter, *From Habsburg to Hitler and Haider: The Peculiarities of Austrian History*, in: GERMAN STUDIES REVIEW, 1999, 22, S. 269-284, hier S. 270.

<sup>85</sup>So richtig Botz, *Eine neue Welt*, S. 54.

<sup>86</sup>Ebd.

<sup>87</sup>Letzteres gilt insbesondere für die Anfangszeit (siehe dazu prägnant bei ebd., S. 59).

<sup>88</sup>Hanisch, *Zeitgeschichte*, S. 82.

<sup>89</sup>Vizekanzler a. D. Fritz Bock 1972 (*Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 47-48, hier S. 47); Robert A. Kann, *Österreich*, in: Ebd., S. 187.

<sup>90</sup>Pelinka/Weinzierl, *Das große Tabu*, Vorwort zur 1. Auflage, S. 7.

<sup>91</sup>Ernst Hanisch, *Vorwort*, in: Erika Weinzierl, *Ecclesia semper reformanda*, Wien 1985.

<sup>92</sup>So der Klagenfurter Germanist und Historiker Ulfried Burz (*Geschichtswissenschaft und Politik am Beispiel der Ausstellung ‚Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944‘*, in: *Zeitgeschichte im Wandel*, S. 237-240, hier S. 237). Worin er hierin genau einen Unterschied sieht, bleibt offen.

<sup>93</sup>Erika Weinzierl, *Schuld durch Gleichgültigkeit*, in: *Das große Tabu*, S. 174-195, hier S. 174.

<sup>94</sup>So wiederum Erika Weinzierl, *Christen und Juden nach der NS-Machtergreifung in Österreich*, in: *Anschluß 1938*, S. 173-205, hier S. 205. Das Zitat im Zitat stammt von dem Rechtsgelehrten René Marcic.

<sup>95</sup>So der auch hohe politische Ämter bekleidende Professor für Recht und Politik Manfred Welan (*Einleitung*, in: Anton Pelinka/ders., *Austria Revisited. Demokratie und Verfassung in Österreich*, Wien 2000, S. 7-17, hier S. 9).

riographische Ergebnisse nicht in relevanter Weise subjektiv zu beeinflussen? Beschreibt zudem Pelinka seine rechtzeitig zum Jubiläumsjahr 1985 publizierte Schrift *Windstille. Klagen über Österreich* als einen „Versuch, subjektive Aussagen zu machen“, so wäre daran nichts weiter auszusetzen. Doch aufhorchen läßt sein Zusatz, dies geschehe „in der Erkenntnis, daß Privates politisch ist“; in diesem Sinne solle sein Buch „auch [...] politikwissenschaftlich“ sein.<sup>96</sup> Aufhorchen läßt auch die Lektüre des sicherlich wohlgemeinten Satzes von Weinzierl:

„Nur eine Humanität und Solidarität vermittelnde Erziehung durch Elternhaus, Schule, Religionsgemeinschaften und Gesellschaft sowie die Kenntnis vergangener Schuld auch im eigenen Volk können auf lange Sicht eine Veränderung zum Besseren erhoffen lassen.“<sup>97</sup>

Aus Sicht der Bundesrepublik erstaunt auch die folgende Bemerkung der Herausgeber eines kürzlich erschienenen und nicht nur von Historikern bestrittenen Sammelbandes über *NS-Herrschaft in Österreich*: Die einzelnen Autoren würden „unterschiedliche politische Positionen“ vertreten.<sup>98</sup> Zwar wird des weiteren die „Gemeinsamkeit“ unter anderem der „Orientierung an Demokratie und universellen Menschenrechten“ betont; doch abgesehen davon, daß dies eigentlich ebenso selbstverständlich sein sollte wie die ebenfalls postulierte generelle „rückhaltlose Ablehnung des Nationalsozialismus“, darf eines gefragt werden: Kann die *Orientierung an Demokratie* im Rahmen einer wissenschaftlich-historischen Analyse nicht dazu führen, etwaige bestehende demokratische Defizite zu übersehen oder geringzuschätzen?

Nicht minder verwundert das *Editorial* zum ersten publizierten Heft der *Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* von 1990: Laut den Herausgebern geht es bei diesem Unternehmen „nicht“ um die „Durchsetzung einer bestimmten Richtung innerhalb der Geschichtswissenschaften“.<sup>99</sup> Ganz überzeugend wirkt diese Versicherung aber nicht: Denn zugleich wird ein die „geistige Arbeit zunehmend hemmendes [...] wirkungsmächtiges humanistisch-staatskonsensuales Geschichtsbild“ konstatiert, was immer das auch sein mag. Dieses wollen die Herausgeber nichts weniger als „von innen erodieren“. Somit mag die Zeitschrift also „nicht an [...] eine [...] politische Organisation gebunden“ sein, wie es weiter heißt<sup>100</sup>. Dennoch bleibt der Verdacht einer politischen Absicht bestehen. Wie wir nämlich weiter lesen, würden „die alten und die neuen Brücken-Metaphern“ bezüglich der „Beschwörungen der Mittlerrolle Österreichs zwischen ‚Ost‘ und ‚West‘“ nach wie vor der „Verschleierung politischer Herrschaft und materieller Interessen“ dienen.

Der Verdacht der Politisierung erhebt sich freilich auch bei der Betrachtung der Zielsetzungen, welche die Mitglieder der *Wissenschaftlichen Kommission* mit ihren Veröffentlichungen verfolgten: Sie waren nicht nur zur „Grundlage“ und als „Anregung für die weitere Forschung gedacht“, sondern sollten zugleich „eine Hilfe für die Bildung des staatsbürgerlichen Bewußtseins, namentlich für die Jugend und für den Unterricht an den Schulen, darstellen“<sup>101</sup>. Kann bei einem solchen Unterfangen die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit nicht wenigstens hin und wieder Schaden nehmen?<sup>102</sup>

Schließlich – und nicht zuletzt – manifestiert sich die Politisierung in der aus deutscher Sicht durch lange Zeit ungewöhnlich stark ausgeprägten aktiven Beteiligung von Politikern an historiographischen Diskussionen. Sie erfolgte nämlich nicht nur mittels der Medien oder des parla-

<sup>96</sup> Anton Pelinka, *Windstille. Klagen über Österreich*, Wien/München 1985, S. 7.

<sup>97</sup> Weinzierl, *Schuld*, S. 194. Ein wenig verwundert der Gebrauch des historisch vorbelasteten und als heuristische Kategorie mittlerweile problematisch gewordenen Terminus *Volk*.

<sup>98</sup> Tálos/Hanisch/Neugebauer/Sieder, *Vorwort*, S. 10 (siehe dazu auch folgende).

<sup>99</sup> *Editorial*, S. 5 (siehe dazu auch folgende).

<sup>100</sup> Ebd., S. 6 (siehe dazu auch folgende).

<sup>101</sup> Jedlicka/Neck, *Vorwort*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 7. Ganz ähnlich heißt es auch schon in der Publikation über die *Expertentagung* von 1960: „Allgemein stellte sich heraus, daß das Ziel des Unterrichtes in Zeitgeschichte vor allem Österreichs in der Vorbereitung für eine Gewinnung österreichischen Staatsbewußtseins liegen soll, [...]“ (*Arbeitsbericht*, in: ÖSTERREICHISCHE ZEITGESCHICHTE IM GESCHICHTSUNTERRICHT, S. 179-182, hier S. 179).

<sup>102</sup> Allerdings mag diese Gefahr bei der *Wissenschaftlichen Kommission* geringer als bei anderen Unternehmungen ähnlicher Natur sein. Denn sie war parteipolitisch gewissermaßen paritätisch besetzt (hierzu weiter unten mehr). Dies könnte eine gewisse Kontrolle bewirkt haben, vor allem mit Blick auf die politische Verortung der einzelnen Vortragenden. Insofern also könnte sich ein prinzipieller Nachteil doch als Vorteil ausgewirkt haben.

mentarischen Podiums. Vielmehr partizipierten Politiker auch unmittelbar an Tagungen zur Zeitgeschichte, worüber noch zu sprechen sein wird. Überdies waren sie auch direkt institutionell in die Organisierung zeitgeschichtlicher Forschung eingebunden. Dies läßt sich wiederum besonders klar am Beispiel der zeitweise mehr als 40 Mitglieder umfassenden *Wissenschaftlichen Kommission* aufzeigen, der durch lange Zeit so etwas wie ein „Monopol zur Abhaltung zeitgeschichtlicher Symposien“ zukam.<sup>103</sup>

Eigentlich sollte diese Kommission „ursprünglich [...] nur“ mit Historikern – auch mit solchen internationaler Herkunft<sup>104</sup> – besetzt werden, wie Neck relativ zu Anfang ihrer Tätigkeit meinte.<sup>105</sup> Dann aber „kam der Gedanke“ auf, sie zudem mit „Publizisten und Politiker[n]“ zu bestücken, wie er hinzufügte. Über die hierfür verantwortlichen Motive ließ er sich nicht näher aus. Doch dürften hierfür drei Momente ausschlaggebend gewesen sein: Erstens die enge Verflechtung der Historie mit der Politik, zweitens die finanzielle Abhängigkeit der Geschichtswissenschaft von der Politik und drittens das vielleicht sogar von „weiten Teilen [...] der österreichischen Geschichtsschreibung“<sup>106</sup> geteilte Verlangen nach einer Art von „Koalitionsgeschichtsschreibung“<sup>107</sup>: Seine Ursprünge lagen bereits recht lange zurück<sup>108</sup>, wobei man den Prinzipien des „Proporzsystems“ gehorchte<sup>109</sup>. Den polemisch intendierten, aber doch nicht von der Hand zu weisenden Worten eines betroffenen Historikers folgend, sollte damit letztlich das kommende historiographische Ergebnis herbeigeführt werden:

„[...] na ja, wir haben alle geirrt und daher ist es schief gegangen.“<sup>110</sup>

Mit anderen Worten und ebenfalls polemisch ausgedrückt: Es ging darum, die historische „Verantwortung“ für das Scheitern der *Ersten Republik* „ganz gerecht auf zwei Teile aufzuteilen“<sup>111</sup>. Diese „Koalitionsmentalität auf dem Geschichtssektor“<sup>112</sup> war aber verbunden mit der Erteilung „bestimmter Fragegebote und -verbote“<sup>113</sup>, mit der Vermittlung von „Mythen, Halbwahrheiten und Nachkriegstabus“<sup>114</sup> sowie mit der auch offen eingestandenen Aufgabe, „einen Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit zu leisten“<sup>115</sup>. Konnte letzteres allerdings bei einer gewissermaßen paritätisch besetzten Kommission und bei gleichermaßen paritätisch beschickten Tagungen wesentlich anders als im Sinne einer *Teilung der Schuld zu gleichen Teilen* geschehen, vorausgesetzt, daß die kommissionelle Zusammenarbeit erfolgreich fortgeführt werden sollte? Nicht umsonst deutet Hanisch die von der *Wissenschaftlichen Kommission* geleistete „Arbeit“ zwar als „ausgezeichnet“ in der „Tatsachenrekonstruktion“, kritisiert sie aber als „reinste Form der Koalitionsgeschichtsschreibung“.<sup>116</sup> Wandruszka hat die Existenz einer solchen Form von Historiographie

<sup>103</sup>Hoffmann, *Forschungsschwerpunkt*, S. 122.

<sup>104</sup>Siehe hierzu Kreissler, *Les travaux*, S. 94.

<sup>105</sup>Neck, *Überblick*, S. 252 (siehe dazu auch folgende).

<sup>106</sup>So Karl Stuhlpfarrer, *Österreich, das erste Opfer Hitlerdeutschlands*. Die Geschichte einer Sage und ihre Bedeutung, in: Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, hrsg. v. Gustavo Corni/Martin Sabrow, Leipzig 1996, S. 233-244, hier S. 242.

<sup>107</sup>So der Historiker und ehemalige Leiter des *Ludwig-Boltzmann-Instituts für die Geschichte der Arbeiterbewegung* Karl R. Stadler, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 43-44, hier S. 43. Den Begriff „prägte entscheidend Botz“ (Ernst Hanisch, *Der forschende Blick*. Österreich im 20. Jahrhundert: Interpretationen und Kontroversen, in: CARINTHIA, 1999, 189, S. 567-583, hier S. 573, Anm. 32).

<sup>108</sup>Siehe dazu indirekt Adam Wandruszka, *„Das nationale Lager“ in der Ersten Republik*, in: Anschluß 1938, S. 164-172, hier S. 164.

<sup>109</sup>So der 1938 emigrierte Sozial- und Rechtswissenschaftler Hans Zeisel, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 228-229, hier S. 228.

<sup>110</sup>K. Stadler, *Diskussionsbeitrag*, S. 43.

<sup>111</sup>Lajos Kerekes, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 53-55, hier S. 53.

<sup>112</sup>Rudolf Neck, *Das Jahr 1918 – Einleitende Bemerkungen*, in: Österreich November 1918, S. 11-16, hier S. 13.

<sup>113</sup>Botz, *„Eine neue Welt“*, S. 57.

<sup>114</sup>Günter Bischof, *„Opfer“ Österreich? Zur moralischen Ökonomie des österreichischen historischen Gedächtnisses*, in: Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und ‚Wiedergutmachung‘, hrsg. v. Dieter Stiefel (Querschnitte, 7), Wien/München 2001, S. 305-335, hier S. 327.

<sup>115</sup>So 1977 im Rahmen einer Tagung der damalige Präsident des Nationalrates Alfred Maleta (*Eröffnung der Tagung*, in: Die Ereignisse des 15. Juli 1927, S. 179-180, hier S. 179).

<sup>116</sup>Hanisch, *Der forschende Blick*, S. 575.

allerdings positiv von der zuvor bestehenden „hagiographisch-apologetisch“ orientierten Historiographie abgehoben.<sup>117</sup> Doch war er einer der vermeintlich Hauptverantwortlichen einer solchen Art von Geschichtsschreibung.<sup>118</sup>

Die von universitärer Seite wenigstens vereinzelt auch beklagte<sup>119</sup> Beteiligung insbesondere von Politikern an der *Wissenschaftlichen Kommission* hat der Politisierung unzweifelhaft Vorschub geleistet. Die Tagungen gerieten dadurch partiell zu einer „Arena von Politik und ‚Zeitgeschichte‘“, wie Botz treffend bemerkt hat.<sup>120</sup> Eine Durchsicht der Protokolle deutet darauf hin, daß dies insbesondere in den ersten Jahren der Tätigkeit dieser Kommission der Fall war. Von parteipolitischer Seite aus wurde der Geschichtswissenschaft sogar nahegelegt, „gewisse heikle Probleme wie etwa die Südtirolfrage“ aus der Betrachtung „auszuklammern“<sup>121</sup>.

Doch noch in anderer Hinsicht und zu einem viel späteren Zeitpunkt läßt sich ein möglicherweise problematischer Nexus zwischen universitärer Historiographie einerseits und bestimmten politischen Positionen andererseits annehmen. Dies zeigt etwa eine Äußerung Franz Schausbergers, prominenter Politiker der *Österreichischen Volkspartei* und Historiker (Dozent in Salzburg) in einer Person. 1993 erschien seine Studie über die sich bereits 1932 anbahnende innenpolitische Wende mit dem bezeichnenden Titel *Letzte Chance für die Demokratie*. Schausberger widmete sie dem, wie er schrieb, „großen Politiker und Förderer der Zeitgeschichte, Herrn Landeshauptmann a. D. Dr. Wilfried Haslauer“<sup>122</sup>. Doch in welcher Form ist diese Förderung erfolgt? War sie völlig ergebnisoffen? Und wurden diejenigen, die bei ihren Arbeiten von dieser Förderung profitierten, nicht wenigstens unbewußt von den Wünschen ihrer christlich-sozialen Förderer beeinflusst?

Solche Fragen stellen sich nun auch mit Blick auf die als „erster Band einer Reihe über die Geschichte der christlich-sozialen Parteien“ publizierte<sup>123</sup> und von dem der ÖVP nahestehenden *Karl-von-Vogelsang-Institut* herausgegebene Untersuchung Schausbergers. Dieses Institut will nämlich unter anderem das „Gedenken an verdienstvolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ÖVP“ bewahren, wie es auf seiner Homepage heißt.<sup>124</sup> Erteilt der Autor zugleich der bisherigen „wissenschaftlichen“ Beschäftigung mit Engelbert Dollfuß kein gutes Zeugnis, weil sie ihm „bis heute von starken parteipolitischen Ressentiments belastet zu sein scheint“,<sup>125</sup> so fällt zweierlei auf: Erstens macht er solche *Ressentiments* lediglich bei „sozialdemokratisch orientierten Zeitgeschichtlern“ aus, wobei nicht zuletzt infolge einer nicht zu übersehenden „Geschichtslosigkeit“ der ÖVP als Nachlaßverwalterin des christlichsozialen Lagers<sup>126</sup> in der Tat „Arbeiten christlich-demokratischer Provenienz“ über Dollfuß „kaum“ existieren;<sup>127</sup> und zweitens weist er die „Hauptverantwortung“ für das Scheitern der *letzten Chance für die Demokratie* den Sozialdemokraten zu.<sup>128</sup>

<sup>117</sup>Wandruszka, *Das ‚nationale Lager‘*, S. 165.

<sup>118</sup>Für eine scharfe Kritik an einer solchen Sichtweise Anton Staudinger (*Diskussionsbeitrag*, in: Anschluß 1938, S. 373-374, hier S. 373).

<sup>119</sup>Neck, *Überblick*, S. 255: „[...] was mich hier bedrückt hat [...] und was auch damit zusammenhängt, daß viele Nichthistoriker hier sind, das sind die Hypothesen, das starke hypothetische Element, das hier in der Diskussion aufgetaucht ist [...]“

<sup>120</sup>Botz, *‚Eine neue Welt‘*, S. 64.

<sup>121</sup>Fritz Bock, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 18.

<sup>122</sup>Franz Schausberger, *Letzte Chance für die Demokratie*. Die Bildung der Regierung Dollfuß I im Mai 1932. Bruch der österreichischen Proporzdemokratie (Studien zur Geschichte der christlich-sozialen Parteien, 1), Wien/Köln/Weimar 1993, S. 9. Haslauer war von 1977 bis 1989 Salzburger Landeshauptmann.

<sup>123</sup>Ebd.

<sup>124</sup><[http://www.modernpolitics.at/kvvi/karl\\_von\\_vogelsang.htm](http://www.modernpolitics.at/kvvi/karl_von_vogelsang.htm)>.

<sup>125</sup>Fr. Schausberger, *Letzte Chance*, S. 11.

<sup>126</sup>Dieter A. Binder, *Vorwort*, in: Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien/München 1992, S. 7-11, hier S. 10.

<sup>127</sup>Ebd., S. 11-12. Neutraler hat Gottfried-Karl Kindermann das Forschungsdefizit formuliert, wenn er schlicht von der „Nichtexistenz einer umfassenden wissenschaftlichen Biographie“ spricht (*Zur neuen Selbstfindung Österreichs durch Geschichtskrisen und Widerstand*. Unter besonderer Berücksichtigung der Österreich-Ideologie der dreißiger Jahre, in: ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, 1985, 32, S. 279-295, hier S. 285, Anm. 13).

<sup>128</sup>Fr. Schausberger, *Letzte Chance*, S. 140. Auffallend ist, daß er von „faschistischen Heimwehren“ schreibt (*Wandel der Proporzdemokratie und der politischen Kultur in den Bundesländern*, in: Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Band 1, hrsg. v. Robert Kriechbaumer, Wien/Köln/Weimar 1998, S. 327-342, hier S. 332). Ähnliche Bedenken lassen sich auch gegenüber der Schuschnigg-Biographie Anton Hopfgartners anmelden: So soll der Kanzler „seine ganze Leistungsfähigkeit“ für die ihm „uner-

Allerdings gilt es bei aller kritischen Beurteilung doch eines festzuhalten: Die Politisierung der historiographischen Debatte wurde durch die aktive Beteiligung von Politikern verschiedener Couleur zweifellos begünstigt. Doch waren viele Beiträge von Historikern ohnehin politisiert beziehungsweise parteipolitisch gefärbt, oder aber nicht frei von aus wissenschaftlicher Sicht fragwürdig erscheinenden Einschätzungen. Dies sei im folgenden zunächst kurz ausgeführt.

Da ist etwa das Beispiel von Botz, der das Wiener *Institut für Zeitgeschichte* leitet. In einem längeren Beitrag aus dem Jahre 1994, basierend auf einem 1987 gehaltenen Vortrag, hat er sich mit *Krisen der österreichischen Zeitgeschichte* auseinandergesetzt. Seine Abhandlung ist über weite Strecken neutral gehalten, verschiedene Positionen werden eher referiert denn beurteilt, geschweige denn abgeurteilt. Dies gilt selbst für Aspekte, die zu einer pointierten Stellungnahme geradezu herausfordern, zumindest aus Sicht eines Historikers, der sich zweifellos den Postulaten einer sogenannten *kritischen* Geschichtsschreibung verpflichtet fühlt. Doch wenigstens an einer Stelle vermag Botz seine Perspektivität nicht ganz zu verleugnen, wenn er nämlich den sogenannten „Ständestaat“ (1934 bis 1938) als „autoritär-halbfaschistisch“ etikettiert.<sup>129</sup> Immerhin gibt er zu, daß die „Benennung“ dieses Regimes „bis heute stark divergiert“.<sup>130</sup>

Andere legen in dieser Beziehung weniger Wert auf Nuancen. Nehmen wir zunächst das Beispiel des Politologen Emmerich Tólos. Er schreibt heutigen „Aussagen“ über „Austrofaschismus“ aufgrund der relativ weiten zeitlichen Distanz einen „wohl“ geringeren „Grad an Vorläufigkeit“ zu als etwa entsprechenden „Einschätzungen über aktuelle Entwicklungsprozesse“.<sup>131</sup> Zwar hat er noch jüngst den Terminus „Austrofaschismus“, wie er ihn gebraucht, ausdrücklich als einen „nicht [...] aus parteipolitischer Auseinandersetzung abgeleiteten Begriff“, sondern als ein „Ergebnis der Forschungsarbeit“ bezeichnet,<sup>132</sup> nicht nur er<sup>133</sup> verschweigt jedoch, daß nach wie vor umstritten ist, ob es überhaupt so etwas wie *Austrofaschismus* gegeben hat, und wenn, wie stark dieser ausgeprägt war: „Es gab keinen ‚Austrofaschismus‘“, diese apodiktische These des ehemals der Christlichsozialen Partei nahestehenden Ludwig Reichhold<sup>134</sup> dürfte Faschismustheoretiker an die eine singuläre, auf Italien eingeschränkte Faschismustheorie favorisierende Aussage *What fascism is not*<sup>135</sup> erinnern. Der in Wien lehrende Tólos übergeht diese These jedoch. Aber es handelt sich hierbei offenbar nicht um ein Versehen. Denn auch anderswo spricht er von einem „austrofaschistischen Herrschaftssystem“ und einem „Austrofaschismus“.<sup>136</sup>

Nicht anders hält es der in Salzburg lehrende und insbesondere Regionalgeschichte betreibende Historiker Hanns Haas, wenn er unkommentiert vom „austrofaschistischen System“ und von

---

läßlich“ erscheinende „Sache“ der „Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs gegen Hitler“ eingesetzt haben, und dies „bis zum bitteren Ende“ (*Kurt Schuschnigg. Ein Mann gegen Hitler, Graz/Wien/Köln 1989, S. 13*). Angesichts einer so apodiktischen Formulierung fragt man sich, wieso er dann nicht das Militär gegen Hitler marschieren ließ. Zu diesem Punkt siehe weiter unten.

<sup>129</sup> Gerhard Botz, *Krisen der österreichischen Zeitgeschichte*, in: *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker* (Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft: Studien zur Historischen Sozialwissenschaft, 13), hrsg. v. Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel, Frankfurt/New York 1994, S. 16-76, hier S. 23.

<sup>130</sup> Ebd. Zu seiner diesbezüglichen Position siehe auch noch weiter unten.

<sup>131</sup> Emmerich Tólos, *Die achtziger Jahre: Eine Phase der Veränderungen als Thema von Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte*, in: *Zeitgeschichte im Wandel*, S. 54-60, hier S. 54.

<sup>132</sup> Emmerich Tólos, *Zum Herrschaftssystem des Austrofaschismus: Österreich 1934-1938*, in: *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944*, hrsg. v. Erwin Oberländer, Paderborn/München/Wien/Zürich 2001, S. 143-162, hier S. 161.

<sup>133</sup> So spricht etwa der am *Institut für Zeitgeschichte* beschäftigte Oliver Rathkolb schlicht von „Austrofaschismus“ („... *Für die Kunst gelebt*“. Anmerkungen zur Metaphorik österreichischer Kulturschaffender im Musik- und Sprechtheater nach dem Nationalsozialismus, in: *Das große Tabu*, S. 60-84, hier S. 60).

<sup>134</sup> Ludwig Reichhold, *Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933-1938*, 2. Auflage, Wien 1985, S. 13. Reichhold ist kein universitär verankerter Berufshistoriker, aber doch vielfältig als Historiograph tätig.

<sup>135</sup> Gilbert Allardyce, *What fascism is not: Thoughts on the Deflation of a Concept*, in: *AMERICAN HISTORICAL REVIEW*, 1979, 84, S. 367-388.

<sup>136</sup> Emmerich Tólos, *Von der Liquidierung der Eigenstaatlichkeit zur Etablierung der Reichsgaue der ‚Ostmark‘. Zum Umbau der politisch-administrativen Struktur*, in: *NS-Herrschaft in Österreich*, S. 55-72, hier S. 55; vgl. S. 71).

der „faschistischen Führungsschicht“ spricht.<sup>137</sup> Und sein Kollege Neugebauer konstatiert ohne weiteres ein „faschistisches Herrschaftssystem“<sup>138</sup>, nachdem er immerhin kurz zuvor den Begriff *austrofaschistisch* noch mit Anführungszeichen versehen und „wesentliche Unterschiede zwischen Austrofaschismus und Nationalsozialismus“ festgestellt hat. Um so mehr springt ins Auge, daß sich die angeführten Charakterisierungen allesamt in einem Sammelband finden, dessen Herausgeber Tálós, Reinhard Sieder, Hanisch und Neugebauer sich „sachliche Information“ ihrer Leserschaft zum Ziel gesetzt haben.<sup>139</sup> Besonders aufschlußreich erscheint in diesem Zusammenhang das diesem Werk beigelegte Stichwortverzeichnis: Dort finden sich zwar die Einträge *Austrofaschismus* und *Ständestaat*; doch unter dem letzteren Begriff wird nur auf den Eintrag *Austrofaschismus* verwiesen.<sup>140</sup>

Nicht unerwähnt bleiben soll, daß auch die – heute gebräuchlichere – Bezeichnung *Ständestaat* nicht ohne ideologische Anklänge ist; schließlich übernimmt man damit die Selbstbezeichnung des – auf dem ahistorischen Konstrukt der „Stände“ basierenden – Staatskonzepts des *christlichen Ständestaats* bzw. versucht, was gleichfalls als ideologisch motiviert kritisiert wird, die Etikettierung *Faschismus* bewußt zu umgehen. Die Einwände, die man nicht nur gegen die Klassifizierung als *Austrofaschismus*, sondern auch gegen den Gebrauch der Bezeichnung *Ständestaat* vorbringen mag, führen nur um so deutlicher vor Augen, wie wenig es der österreichischen Zeitgeschichtsforschung bis heute gelungen ist, eine klare und allgemein akzeptierte Bezeichnung für diese Jahre zu finden. Dazu paßt, daß der Dozent für Geschichte und Wissenschaftsphilosophie Friedrich Stadler „Ständestaat/Austrofaschismus“ als auswechselbare Termini verwendet.<sup>141</sup>

Alles in allem bleibt festzuhalten: Botz stellte zwar 1990 lediglich für die Anfänge zeitgeschichtlicher Analysen und Diskussionen „manchmal wenig gezügelte politische Interpretation“ fest.<sup>142</sup> Doch scheinen gerade die zuletzt erwähnten Beispiele – der angeführte Sammelband stammt von 2001 – die nach wie vor bestehende Gültigkeit einer recht resigniert klingenden Äußerung Hanischs aus dem Jahre 1988 zu bestätigen:

„Nicht neue Quellen, neue Fragen und Personalisierung des Disputes bestimmen die Frontstellung, sondern die alten parteipolitischen Fragmentierungen, bestenfalls neu aufpoliert.“<sup>143</sup>

<sup>137</sup>Hanns Haas, *Österreich und das Ende der kollektiven Sicherheit*, S. 49. Den Begriff *austrofaschistisches System* verwendet etwa auch der Salzburger Neuzeitler Reinhold Wagnleitner (*Diskussionsbeitrag*, in: Das Juliabkommen von 1936, S. 363-365, hier S. 365). Das Wort *System* erweckt den Eindruck, als habe es sich um ein geschlossenes, festgefühtes Herrschaftsgefüge gehandelt, was nicht zutrifft, ungeachtet möglicher faschistischer Herrschaftselemente.

<sup>138</sup>Wolfgang Neugebauer, *Widerstand und Opposition*, in: NS-Herrschaft in Österreich, S. 187-212, hier S. 189 (siehe dazu auch folgende). Anderswo sieht er „austrofaschistische Kräfte“ am Werk (*Die illegale Arbeiterbewegung in Österreich 1934 bis 1936 (mit besonderer Berücksichtigung des Juliabkommens)*, in: Das Juliabkommen von 1936, S. 136-155, hier S. 139; vgl. S. 154). Und wieder anderswo erblickt er zwar einen „qualitativen Unterschied zwischen Austro- und Nazifaschismus“, hält aber eben am Terminus *faschistisch* fest (ders./Herbert Steiner, *Widerstand und Verfolgung in Österreich (im Zeitraum vom 12. Februar 1938 bis zum 10. April 1938)*, in: Anschluß 1938, S. 86-108, hier S. 89).

<sup>139</sup>Tálós/Hanisch/Neugebauer/Sieder, *Vorwort*, S. 10. Für ein weiteres entsprechendes Beispiel in diesem Band siehe: Wolfgang Weber, *„Die sich vom Westen nach Osten erstreckende Wurst ...“*. Aspekte der NS-Herrschaft in Vorarlberg, Tirol und Salzburg 1938 bis 1945, S. 260-291, hier S. 263f., S. 266.

<sup>140</sup>Ebd., S. 939 bzw. S. 944.

<sup>141</sup>Friedrich Stadler, *Wissenschaft und Österreichische Zeitgeschichte*. Methodologische und metatheoretische Untersuchungen zu einer historischen Wissenschaftsforschung, in: ÖSTERREICHISCHE ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFTEN, 1996, 7, S. 93-116, hier S. 108; S. 109. Auch Ausführungen im *Vorwort* zu einem wiederum von Tálós sowie Neugebauer edierten Band frappieren: „Die Begriffe Autoritärer Staat, Ständestaat, Austrofaschismus, Halbfaschismus oder konservativ-bürgerliche Diktatur sind Ausdruck für die in der Literatur verbreiteten kontroversiellen Einschätzungen des 1933/34 in Österreich etablierten Herrschaftssystems.“ Dies trifft zweifellos zu. Doch noch im weiteren Verlauf des Vorworts sprechen die beiden Wissenschaftler kommentarlos von „Austrofaschismus“ und vom „österreichischen Faschismus“ („Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938, hrsg. v. dens. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 18), 4., erweiterte Auflage, Wien 1988 (1984), ohne Seitenangabe). Immerhin räumt Tálós später ein, daß über die Anwendung einer solchen Begrifflichkeit „keineswegs eindeutiger Konsens“ besteht (*Das Herrschaftssystem 1934-1938: Erklärungen und begriffliche Bestimmungen*, in: Ebd., S. 345-369, hier S. 365).

<sup>142</sup>Botz, *„Eine neue Welt“*, S. 60.

<sup>143</sup>Ernst Hanisch, *Überlegungen zu einer Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert*, in: ZEITGESCHICHTE, 1988, 16, S. 1-12, hier S. 1.

Zugleich wird so begreiflich, warum demselben Autor nur drei Jahre zuvor der „politische Auftrag“ der „wissenschaftlichen“ österreichischen „Zeitgeschichte“ darin zu liegen schien, „sich zunächst von der Sphäre der Politik möglichst fern zu halten“. <sup>144</sup> Ihm zufolge ging es damals darum, „Zeitgeschichte als Wissenschaft, d. h. entsprechend dem theoretischen und methodischen Standard der modernen Geschichtswissenschaft, überhaupt erst voll zu entwickeln“.

## Die nähere Analyse von Wandruszkas Zitat

Ich komme damit zum dritten Abschnitt, kehre also nochmals zu dem eingangs angeführten Zitat Wandruszkas zurück. Zur besseren Erinnerung sei es nochmals angeführt:

„Uns [Österreichern] wird immer wieder vorgeworfen, die Österreicher hätten keinen Historikerstreit. Die Österreicher haben einen Historikerstreit seit dreißig Jahren, nur ist er nicht so spektakulär wie jener in der Bundesrepublik Deutschland.“ <sup>145</sup>

Wie gesagt, treffen diese Worte grundsätzlich zu. Sie bedürfen jedoch in vierfacher Hinsicht einer Präzisierung und teilweise auch einer Korrektur.

Erstens wird der österreichische Historikerstreit Wandruszka zufolge offenbar besonders hartnäckig geführt. Denn er dauert laut ihm ja seit nicht weniger als dreißig Jahren an. Dieser Feststellung ist nur beizupflichten, und zwar nicht nur mit Bezug auf die *Diskussion über Faschismus*, auf die sich Wandruszkas Worte ja allein beziehen. Hier sind nicht zuletzt die Ereignisse des *Februar 1934* zu erwähnen, als gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen nicht unbeträchtlichen Teilen der sozialdemokratisch engagierten Arbeiterschaft einerseits und staatlichen Kräften andererseits ausbrachen. Die auch nachträgliche „Brisanz“ <sup>146</sup> dieser Ereignisse, die gleichsam die „Schlußphase der Ersten Republik [...] markierten“, <sup>147</sup> war groß. 1974 wurden sie sogar zum Gegenstand einer eigenen Tagung der *Wissenschaftlichen Kommission* gemacht. Damals meinte Neck unter Verweis auf den „40 Jahre danach im großen und ganzen überwundenen [...] amerikanischen Bürgerkrieg“, daß auch „wir [...] in Österreich“ – mithin auch die Historiker – „uns“ von dem „Trauma des Februar 1934 freimachen sollten“. <sup>148</sup> Folgt man freilich Hanisch, so hatte diese Aufforderung bestenfalls sehr bedingt Erfolg. Ihm zufolge wurde nämlich noch 1985 immer dann „losmoralisiert“, wenn „das Jahr 1934 auftaucht“. <sup>149</sup>

Zudem liegt in dieser langlebigen Hartnäckigkeit wenigstens partiell ein deutlicher Unterschied zur bundesdeutschen Situation. Hier haben sich etwa die im Zusammenhang mit der sogenannten *Fritz-Fischer-Kontroverse* einst hochgehenden Wogen mittlerweile weitestgehend geglättet, obgleich die Sache noch immer nicht entschieden ist. Aus einer früher noch *unbewältigten Vergangenheit* scheint nun endgültig *vergangene* Geschichte geworden zu sein, an die man sich ohne politisch oder sonstwie bedingte Emotionen heranwagen kann. <sup>150</sup>

<sup>144</sup>Hanisch, *Zeitgeschichte*, S. 81 (siehe dazu auch das folgende Zitat).

<sup>145</sup>Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 60.

<sup>146</sup>Jedlicka/Neck, *Vorwort*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 7.

<sup>147</sup>So zutreffend Gerhard Botz, *Der Aufstandsversuch österreichischer Sozialdemokraten am 12. Februar 1934: Ursachen für seinen Ausbruch und seinen Mißerfolg*, in: Ders., *Krisenzonen einer Demokratie. Gewalt, Streik und Konfliktunterdrückung in Österreich seit 1918* (Studien zur Historischen Sozialwissenschaft, 19), Frankfurt am Main/New York 1987, S. 181-199, hier S. 181.

<sup>148</sup>Rudolf Neck, *Diskussionsbeitrag*, in: *Das Jahr 1934*, S. 126.

<sup>149</sup>Hanisch, *Zeitgeschichte*, S. 83.

<sup>150</sup>Eine Emotionalisierung anderer Natur im Sinne des Gefühls persönlicher Betroffenheit ist vor allem bei älteren österreichischen Historikern erkennbar: So spricht Neck im Zusammenhang mit den Vorkommnissen des Juli 1927 von „verhängnisvollen Julitagen“ und stellt sie in Bezug zu der schließlichen „Katastrophe“ (*Von der Koalition*, S. 11). Gleichzeitig konstatiert er einen „verhängnisvollen Gang der Geschichte der Ersten Republik“ (ebd., S. 13) und ein „Unglück für Österreich“ (ebd., S. 16). Andere machen eine „Tragödie“ aus, so etwa Norbert Schausberger (*Österreich und die Friedenskonferenz. Zum Problem der Lebensfähigkeit Österreichs nach 1918*, in: Saint-Germain 1919, S. 229-264, hier S. 264) und Robert Kriechbaumer (*Einleitung*, in: *Liebe auf den zweiten Blick. Landes- und Österreichbewußtsein nach 1945*, hrsg. v. dems., Wien/Köln/Weimar 1998, S. 7-13, hier S. 9). Und Erika Weinzierl beklagt („leider“), daß die 1918 „aus der Not geborene Vernunftthe“ zwischen Sozialdemokratie und Christlichsozialen „so rasch wie möglich“ geschieden wurde (*Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 364). Auch Isabella Ackerl und

In Österreich hingegen vermag etwa die Frage nach dem möglichen faschistischen Charakter des sogenannten *Ständestaates*, die „so alt wie dieser selbst“ ist,<sup>151</sup> nach wie vor heftigen Streit und „emotionale Ausbrüche“<sup>152</sup> hervorzurufen. Nicht anders verhielt es sich durch lange Zeit mit den „prinzipiell kontrovers“ diskutierten Ereignissen des Februar 1934.<sup>153</sup> Und die zuletzt deutlich wahrnehmbare Verlagerung der Forschungsinteressen auf die Zeit nach 1938 beziehungsweise 1945 ist nicht auf einen endlich erreichten historiographischen Konsens über die Entwicklung der *Ersten Republik* zurückzuführen.

Zweitens erwecken Wandruszkas Worte den Eindruck, als hätten die Historikerkontroversen in Österreich nichts – wie in der Bundesrepublik – mit der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zu tun. Durch lange Zeit traf dies auch zu, konzentrierten sie sich doch, wie angedeutet, auf die *Erste Republik*. Dies hängt zum einen mit der erwähnten *Opferthese* zusammen, deren Verfechter im *Anschluß* ein ausschließlich oder doch vorrangig vom Deutschen Reich „erzwungenes“ Ereignis sahen und sehen.<sup>154</sup> Diese Einstellung avancierte für viele österreichische Staatsbürger zu einer Art „Staatsdoktrin“<sup>155</sup> beziehungsweise zur „Gründungsthese“<sup>156</sup> der *Zweiten Republik*. Sie wurde aber teilweise „instrumentalisiert“, wie der in New Orleans unterrichtende, aber eng mit österreichischer Zeitgeschichte befaßte Günter Bischof 1993 bemerkt hat<sup>157</sup>. Dabei ging es eben darum, sich mit der Zeit des *Anschlusses* möglichst wenig auseinandersetzen zu müssen. Bischof und andere sprechen hierbei sogar von einem regelrechten „Opfermythos“<sup>158</sup>, andere vom „Gründungsmythos“.<sup>159</sup> Er mag zwar mittlerweile in der Tat „zum Stereotyp geronnen“ sein und „keine wissenschaftliche Kreativität mehr enthalten“. Aber unbestreitbar haben Historiker an ihm selbst eifrig mit gestrickt.<sup>160</sup>

Zum anderen kommt hier wohl teilweise ein Generationsproblem zum Tragen.<sup>161</sup> Um dies zu verstehen, sei ein *weiteres* Zitat Wandruszkas angeführt, das ebenfalls von 1990 stammt:

„Ich bin kein Theoretiker und möchte mich nicht in den Methodenstreit der jüngeren Kollegen, die diese Zeit nicht unmittelbar miterlebt haben, einmischen, sondern ich möchte Beiträge geben, die Sie vielleicht für ihren Streit verwenden können, wie die Menschen, nämlich die führenden Leute in Österreich, damals diese Diskussion gesehen haben.“<sup>162</sup>

---

Gertrude Enderle-Burcel verwendeten einmal den Terminus „leider“ (*Historische Einführung*, in: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung VIII: 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934, Band 3: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß: 22. März 1933 bis 14. Juni 1933, Bearbeiter Gertrude Enderle-Burcel, hrsg. v. Rudolf Neck/Adam Wandruszka, Wien 1983, S. XI-XIX, hier S. XIX). Laut Kann hat sich damals sogar „für viele von uns eine Tragödie, wenn nicht die Tragödie unseres Lebens abgespielt“. (*Österreich*, S. 192).

<sup>151</sup>So unter Bezugnahme auf die Diskussion über den „Charakter des Franco-Regimes“ Walther L. Bernecker (*Der Streit um das Franco-Regime: Faschismus, Autoritarismus, Modernisierungsdiktatur?*, in: Kontroversen der Zeitgeschichte. Historisch-politische Themen im Meinungsstreit, hrsg. v. Volker Dotterweich, München 1998, S. 63-86, hier S. 63).

<sup>152</sup>So schon 1972 Kerekes, *Diskussionsbeitrag*, S. 53.

<sup>153</sup>Rudolf Neck, *Begrüßung*, in: Das Jahr 1934: 25. Juli. Protokoll des Symposiums in Wien am 8. Oktober 1974, hrsg. v. Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 3), München 1975, S. 76.

<sup>154</sup>Klemens v. Klemperer, *Das nachimperiale Österreich, 1918-1938: Politik und Geist*, in: Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa, hrsg. v. Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, 9), München 1982, S. 300-317, hier S. 315.

<sup>155</sup>Botz, *„Eine neue Welt“*, S. 51.

<sup>156</sup>Botz, *Opfer/Täter-Diskurse*, S. 223.

<sup>157</sup>Günter Bischof, *Die Instrumentalisierung der Moskauer Erklärung nach dem 2. Weltkrieg*, in: ZEITGESCHICHTE, 1993, 20, S. 345-366.

<sup>158</sup>Ebd., S. 348. Vgl. Gerhard Botz, *Fernsehen in der Zeitgeschichte. ‚Zeitgeschichte im Fernsehen‘ – ‚Video History‘ in der ‚Zeitgeschichte‘: drei Perspektiven*, in: MEDIEN & ZEIT, 1993, 4, S. 2-5, hier S. 3.

<sup>159</sup>Hanisch, *Der Ort des Nationalsozialismus*, S. 13 (siehe dazu auch folgende).

<sup>160</sup>Für eine kürzliche Kritik an diesem Begriff siehe Gehler, *Zeitgeschichte*, S. 49-51.

<sup>161</sup>Siehe hierzu auch Gertraud Diendorfer/Gerhard Jagschitz/Oliver Rathkolb, *Einleitung*, in: Zeitgeschichte im Wandel, S. 13-15, hier S. 13.

<sup>162</sup>Adam Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 505; siehe dazu ders. auch schon 1972 (Die Erbschaft von Krieg und Nachkrieg, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 20-31, hier S. 20).



Diese Worte erscheinen mir in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Erstens spricht aus ihnen zumindest indirekt die Anschauung, daß *Mitlebende* (und *Mitleidende*) besser als Nachgeborene wissen, *wie es eigentlich gewesen*, um das berühmte Wort Leopold v. Rankes zu zitieren; daß mehr oder weniger endlose und fruchtlose *theoretische* Diskussionen aufhören könnten, würden letztere doch einfach nur zeitgenössische Äußerungen ernst, das heißt beim Wort nehmen. Dazu paßt auch, daß Wandruszka in einer Diskussion darum „bat“, sich „einmal nicht als Historiker, sondern als Zeitgenosse zum Wort melden zu dürfen“<sup>163</sup>. Gewiß hat er hiermit indirekt ein grundlegendes Problem einer jeden – und nicht nur zeitgenössischen – Geschichtsschreibung angesprochen. Hanisch hat diesen Aspekt prägnant auf den Punkt gebracht. Ihm zufolge „wimmelt“ es bei zeitgeschichtlichen Betrachtungen einerseits „von selbsternannten Fachleuten“.<sup>164</sup> Jeder, der das Zeitgeschehen bewußt miterlebt habe, fühle sich dazu berechtigt, „darüber zu reden, zu schreiben, zu urteilen“.<sup>165</sup> Andererseits aber kritisiert er die von ihm als „penetrant“ gebrandmarkte „Besserwisseri des nachgeborenen“ Historikers.

Wandruszka befand sich in dieser Beziehung jedoch gewissermaßen in einer Zwitterstellung. Denn der 1914 geborene Historiker analysierte historische Vorgänge der *Ersten Republik* nicht nur aus wissenschaftlicher Perspektive, sondern auch als Zeitgenosse. Somit ging es also auch um die Aufarbeitung seiner eigenen Geschichte, und zwar in einem ganz besonderen Sinne: Er neigte nämlich vor und auch noch nach dem *Anschluß* wenigstens phasenweise – und nach einer eher linken Periode<sup>166</sup> – nationalsozialistischem Gedankengut zu. Sein vorübergehendes Wirken als „illegaler Nationalsozialist“<sup>167</sup> hat er zwar nicht geleugnet; aber konnte ihm die Trennung von *zeitgenössischem* Erleben und nachträglicher *historischer* Beurteilung wirklich gelingen?<sup>168</sup> Diese Frage stellt sich um so dringender, als es die österreichische „Historikerzunft“ – und damit auch Wandruszka – durch lange Zeit „verabsäumt“ hat, „die von ihr selbst vielbeschworene Vergangenheitsbewältigung im eigenen Bereich systematisch zu leisten“.<sup>169</sup>

Dies verweist auf eine weitere Überlegung. Wandruszka war in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit nicht irgendein österreichischer Historiker, sondern einer der bedeutendsten und zugleich auch einflußreichsten Vertreter seiner Zunft. Einmal abstrahiert von seiner Person fragt sich generell, inwiefern die nach Kriegsende durch lange Zeit festzustellende starke historiographische Vernachlässigung der Jahre 1938 bis 1945 nicht auch aus bestimmten Machtpositionen innerhalb der universitären Historikerzunft resultiert sein könnte. Insofern mag sie weniger „erstaunlich“ sein, als es zunächst den Anschein haben mag.<sup>170</sup> Dies gilt um so mehr, als „viele“ der nach Kriegsende „anfangs entlassenen Lehrkräfte nach einigen Jahren wieder an die Stätte ihres Wirkens zurückgekehrt sind“.<sup>171</sup> Manche Wissenschaftler nehmen einen solchen Zusammenhang an.<sup>172</sup> So hat Bischof vor gerade neun Jahren die „jungen Zeithistoriker“ zu einer Entlarvung der „offiziellen Geschichtsmymthen“ aufgefordert – ein Unterfangen, das ihnen ungerechtfertigt „zum

<sup>163</sup>Adam Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Das Juliabkommen von 1936, S. 389-391, hier S. 389.

<sup>164</sup>Hanisch, *Zeitgeschichte*, S. 83.

<sup>165</sup>Ebd., S. 81 (siehe dazu auch folgende).

<sup>166</sup>„[...] möchte ich betonen, daß ich in jener Zeit als ganz junger Mensch mit meiner Sympathie ganz entschieden auf der Seite der Linken gestanden bin und nicht auf der Seite der Heimwehr. Ich bin nicht immer auf der Seite der Linken gestanden, das gebe ich also sehr gerne zu [...]“ (Adam Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 63).

<sup>167</sup>Adam Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Das Jahr 1934, S. 113.

<sup>168</sup>Er war auch nach dem *Anschluß* in der NSDAP tätig und wirkte zugleich als SA-Obergruppenführer (siehe dazu kurz bei Brigitte Lichtenberger-Fenz, *Österreichs Universitäten 1930 bis 1945*, in: Kontinuität und Bruch. 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte, hrsg. v. Friedrich Stadler, Wien/München 1988, S. 69-82, hier, S. 76f.).

<sup>169</sup>So allgemein zutreffend Günter Fellner. Sein moralisierender Zusatz, dies „beschäme“, ist allerdings überflüssig (*Die Österreichische Geschichtswissenschaft vom ‚Anschluß‘ zum Wiederaufbau*, in: Ebd., S. 135-155, hier S. 147).

<sup>170</sup>Agnes Blänsdorf, *Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der eigenen Geschichte*. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, in: Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin, 3), Frankfurt/New York 1995, S. 18-45, hier S. 24.

<sup>171</sup>G. Fellner, *Österreichische Geschichtswissenschaft*, S. 148.

<sup>172</sup>Siehe dazu etwa: Ebd.; Blänsdorf, *Die Einordnung der NS-Zeit*, S. 23.

Vorwurf gemacht“ und als „Nestbeschmutzertum“ angekreidet werde,<sup>173</sup> zugleich aber konstatierte er eine „tiefer denn je“ auftretende „Kluft zwischen Zeitzeugen und der Fachwissenschaft [womit Bischof aber nur ‚nachgeborene Zeithistoriker‘ meint]“<sup>174</sup> und betonte überdies die „Wichtigkeit“, der „revisionistischen‘ Literatur in Schulen und auf Universitäten zum Durchbruch zu verhelfen“.<sup>175</sup>

Seine in diesem Zusammenhang geäußerte „Skepsis“ mag mittlerweile zumindest mit Blick auf die Geschichte der *Ersten Republik* nicht mehr wirklich „am Platz“ sein. Zwei Jahrzehnte früher war sie für diese Epoche aber noch sehr wohl angebracht. Dazu muß an dieser Stelle die Äußerung eines Teilnehmers an der ersten zeitgeschichtlichen Tagung von 1972 genügen. Ihr Verlauf brachte den sozialistisch orientierten und auch historische Studien verfassenden Schriftsteller Otto Leichter nämlich „absolut zu der Überzeugung“, daß

„eine Aussicht auf eine wissenschaftliche und durchdringende Darstellung der Geschichte nur möglich ist, wenn wir Alten darauf verzichten, die Dinge zu wiederholen und es den jungen Gelehrten überlassen, mit einem frischen Geist an die Dinge heranzutreten“.<sup>176</sup>

Aufschlußreich erscheinen in dieser Beziehung auch Bemerkungen der beiden Herausgeber des fünften, 1979 publizierten und speziell den *Ereignissen des 15. Juli 1927* gewidmeten Bandes der *Wissenschaftlichen Kommission*: Wie seine beiden Herausgeber, Wandruszka und Neck, richtig schreiben, handelte es sich hierbei wenigstens damals noch um ein „emotional angereichertes Thema“.<sup>177</sup> Bei den Diskussionen hierüber sei ein „auch schon früher bemerktes Phänomen in Erscheinung“ getreten: Die „miterlebenden älteren Jahrgänge“ hätten sich „viel mehr engagiert als die jungen Zeithistoriker“. Sie hätten auch in der Diskussion „kühler und gelöster“ gewirkt.<sup>178</sup>

Noch ein drittes Moment erscheint an Wandruszkas Zitat einer Erörterung bedürftig. Laut ihm war der Historikerstreit in Österreich „nicht so spektakulär“ wie in Deutschland. Damit wollte er wohl entweder auf die geringere Resonanz der einschlägigen Debatten innerhalb, oder aber außerhalb der Geschichtswissenschaft anspielen. Beides trifft insgesamt zu. Aber wenigstens während zweifelhafter Jubiläumsjahre wie 1984 (1934) und 1988 (1938) wurde vor allem öffentlich und unter reger Beteiligung von Publizisten und Intellektuellen ausgiebig über die nationale Vergangenheit gestritten.<sup>179</sup> Warum man hierfür vielleicht nicht zufällig die etwas euphemistisch und je nach persönlichem Geschmack auszulegenden Bezeichnungen wie „Bedenkjahr“ oder „Gedenkjahr“<sup>180</sup> gefunden hat, darüber darf spekuliert werden.

Viertens schließlich suggerieren Wandruszkas Worte, als habe es in Österreich nach 1945 nur einen einzigen zeitgeschichtlichen Historikerstreit gegeben, eben die *Diskussion über Faschismus*. Dies würde einen merklichen Unterschied zur Situation in der Bundesrepublik bilden, obgleich man dort ja speziell einer dieser Kontroversen das Etikett *Historikerstreit* verliehen hat. Tatsächlich aber kam es seit Anfang der siebziger Jahre auch in Österreich zu einer ganzen Reihe von teilweise heftig ausgefochtenen historiographischen Debatten. Sie bezogen sich wiederum lange vor allem auf die Epoche der *Ersten Republik*. Doch spätestens seit dem aufgrund der damals entfachten *Waldheimaffäre* etwas verkürzend<sup>181</sup> als „anno mirabilis“ der österreichischen Zeitge-

<sup>173</sup>Bischof, *Instrumentalisierung*, S. 359.

<sup>174</sup>Ebd., S. 366, Anm. 86.

<sup>175</sup>Ebd., S. 360 (siehe dazu auch folgende).

<sup>176</sup>Otto Leichter, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 166-167, hier S. 166. Ganz ähnlich auf einer anderen Tagung Neck, *Bemerkungen*, S. 15. Mit dieser Ansicht stand er im übrigen nicht alleine da (siehe hierzu einen *Diskussionsbeitrag* Zeisels, in: Ebd., S. 228).

<sup>177</sup>Neck/Wandruszka, *Vorwort*, in: Die Ereignisse des 15. Juli 1927, S. 9 (siehe dazu auch folgende).

<sup>178</sup>Ebd. Hierbei mag er auch an sich selbst gedacht haben. Felix Kreissler beurteilte die „Diskussion“ gleichfalls als „einigermaßen emotionsgeladen“ (*Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 242). In diesem Tenor auch Kreissler, *Les travaux*, S. 118.

<sup>179</sup>Ich verweise hier zudem auf ein kleines Werk Robert Menasses (*Das Land ohne Eigenschaften*. Essay zur österreichischen Identität, überarbeitete Fassung der Originalausgabe, Frankfurt am Main 1995 (Wien 1992)).

<sup>180</sup>So etwa bezogen auf den Februar 1934 Jedlicka/Neck, *Vorwort*, in: Das Jahr 1934, S. 8.

<sup>181</sup>Stuhlpfarrer verweist zurecht darauf, daß sich die „beiden großen Gegenpositionen [...] schon 1975 [...] angekündigt“ hatten, anlässlich der „Auseinandersetzung [...] über die SS-Vergangenheit des damaligen freiheitlichen

schichte bezeichneten Jahr 1986 änderte sich die Perspektive. Nunmehr wurde der Blick verstärkt auf die bis dahin weitgehend als integraler „Teil der österreichischen Geschichte“ ausgeblendeten, oder aber hauptsächlich auf die *preußisch-deutsche Unterdrückung* reduzierten Jahre 1938 bis 1945 gerichtet. Deshalb kann auch die noch 1998 geäußerte These, diese Jahre seien „totgeschwiegen“ worden,<sup>182</sup> so nicht stehen bleiben. Die besagte Neuorientierung evozierte wiederum neue und „leidenschaftlich“<sup>183</sup> geführte historiographische Auseinandersetzungen. Und so konnte Botz 1989 von einer „auch in Österreich ins Rollen gekommenen Historikerkontroverse“ sprechen.<sup>184</sup> Wandruszkas These läßt sich somit wenigstens in dieser Schärfe nicht aufrechterhalten. Dies gilt selbst bei einer zeitlichen Beschränkung auf die *Erste Republik*.

## Grundzüge besonders heftig diskutierter zeitgeschichtlicher Fragen (1918 bis 1938)

Damit ist nun auch der vierte Abschnitt meiner Darlegungen erreicht. Darin will ich – eben bezogen auf die *Erste Republik* und unterteilt in fünf Themenkomplexe – Grundzüge der wohl am heftigsten diskutierten Kontroversen skizzieren.

Der erste Komplex betrifft die innenpolitische antidemokratisch orientierte und nicht selten als „verhängnisvoll“<sup>185</sup> beurteilte Wende der Jahre 1933/34, mithin die Etablierung des bereits erwähnten *Ständestaates*. Traditionell weisen Historiker diesem Prozeß besonders große historische Bedeutung zu. Botz erblickt hierin das „zentrale Problem der neuesten österreichischen Geschichte überhaupt“,<sup>186</sup> Hanisch die „schlechthin wichtigste Frage der österreichischen Zeitgeschichte“.<sup>187</sup> Schon lange zuvor hat Neck die Jahre 1932 bis 1934 als die „schwerste Periode der Ersten Republik“ eingeschätzt.<sup>188</sup> Ungeachtet dessen bildete diese Phase 1984 „noch immer“ ein „unbekanntes Phänomenen der jüngeren Vergangenheit“ und wurde damals nicht zuletzt deshalb einer eingehenden Analyse unterzogen.<sup>189</sup>

Konkret wurde und wird zunächst darüber gestritten, welcher der beiden damals führenden politischen Kräfte für die Etablierung des *ständestaatlichen* Regimes die Hauptverantwortung zukommt: den von dieser Wende ja insbesondere profitierenden konservativen Kräften, sprich zunächst vor allem der *Christlichsozialen Partei*, oder aber der neben anderen politischen Kräften unter dieser Wende leidenden Linken, sprich den *Sozialisten*? Die hierüber entbrannte Debatte erfolgte ungeachtet der erkenntnistheoretisch nicht unplausiblen Auffassung Wandruszkas, keiner könne auf die „grundsätzliche Frage, warum die Demokratie zusammengebrochen ist, [...] Antwort geben“ oder hierfür gar ein „Patentrezept nennen“.<sup>190</sup> Mommsen hat diese „seit jeher im

---

Parteichefs Friedrich Peter“ (*Eigenheit und Fremde*, S. 29). Allgemein zu dieser Affäre siehe Richard Mitten, *The Politics of Antisemitic Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria*, Boulder/San Francisco/Oxford 1992.

<sup>182</sup> *Goldhagen und Österreich*. Ganz gewöhnliche ÖsterreicherInnen und ein Holocaust-Buch. Die Rezeption des Buches ‚Hitlers willige Vollstrecker‘ von Daniel Jonah Goldhagen in den österreichischen Printmedien, hrsg. v. Arbeitskreis Goldhagen, Wien 1998, S. 7.

<sup>183</sup> Martin Moll, *Der Griff nach Österreich im März 1938 – erster Schritt in den Krieg?* Offene Fragen zu einem scheinbar eindeutigen Sachverhalt, in: Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der ‚friedlichen‘ Aggressionen Deutschlands 1938/1939, hrsg. v. Werner Röhr/Brigitte Behrenkamp/Karl Heinz Roth, Hamburg 2001, S. 156-187, hier S. 176.

<sup>184</sup> Gerhard Botz, *Österreichs verborgene Nazi-Vergangenheit und der Fall Waldheim*, in: FORUM, 1989, Heft 430/31, S. 47-55, hier S. 48.

<sup>185</sup> So etwa von Adam Wandruszka (*Historische Einführung*, in: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung VIII: 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934, Band 2: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß: 26. Oktober 1932 bis 20. März 1933, Bearbeiter Gertrude Enderle-Burcel, hrsg. v. Rudolf Neck/dems., Wien 1982, S. XI-XIV, hier S. XIII f.).

<sup>186</sup> Gerhard Botz, *Die Ausschaltung des Nationalrates und die Anfänge der ‚Diktatur Dollfuß‘ im Urteil der Geschichtsschreibung von 1933 bis 1973*, in: Vierzig Jahre danach. Der 4. März 1933 im Urteil von Zeitgenossen und Historikern, Wien 1973, S. 31-59, hier S. 57 f.

<sup>187</sup> Hanisch, *Zeitgeschichte*, S. 85 f.

<sup>188</sup> Neck, *Zur Edition*, S. X.

<sup>189</sup> Und zwar von Ulrich Kluge: *Der österreichische Ständestaat 1934-1938, Entstehung und Scheitern*, München 1984 (das Zitat auf S. 7).

<sup>190</sup> Adam Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Die österreichische Verfassung von 1918 bis 1938, hrsg. v. Rudolf Neck/dems. (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 6), München 1980, S. 248 f. Hier ist

Blickfeld<sup>191</sup> stehende Kontroverse im Rahmen einer einschlägigen Tagung einmal treffend (und mit warnendem Unterton) als „innenpolitisch“ motivierte „Republikschuldfrage“ charakterisiert.<sup>192</sup> Ebenso läßt sich hier von einem „leidenschaftlich“ geführten „Spiel freigebiger Schuldzuweisungen“ sprechen, so Hanisch vor einigen Jahren in seiner in Österreich einiges Aufsehen erregenden und „kontroversiell“<sup>193</sup> aufgenommenen umfangreichen Darstellung zur *Österreichischen Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert* mit dem bezeichnenden Titel *Der lange Schatten des Staates*<sup>194</sup>.

Dabei sehen eher konservativ orientierte Historiker die Verantwortung für die damaligen Vorgänge eher geteilt. Manchmal schreiben sie ihnen gar Züge einer „griechischen Tragödie“ zu, die dann nicht nur im Untergang der *Ersten Republik* mündete, sondern vielmehr „unvermeidlich“ darin münden mußte.<sup>195</sup> Dies manifestiert sich besonders in Überlegungen, die Wandruszka 1972 auf der ersten von der *Wissenschaftlichen Kommission* abgehaltenen Tagung geäußert hat: In Reflexionen über *Die Erbschaft von Krieg und Nachkrieg in Österreich* kam er zu dem Ergebnis,

„daß bei aller Anerkennung menschlicher Willensfreiheit und auch des Elements des Zufalls im einzelnen, das geschichtliche Handeln der Menschen doch weitgehend bereits durch eine vorgesehene Ausgangssituation, durch ‚das Gesetz, nach dem sie angetreten‘, bestimmt ist“.<sup>196</sup>

Demgegenüber leugnen eher links orientierte Historiker eine Mitverantwortung der Sozialdemokratie zwar gemeinhin nicht.<sup>197</sup> Sie kritisieren beispielsweise den „Verbalradikalismus führender sozialdemokratischer Funktionäre“<sup>198</sup>, „gewisse ideologische Momente im Austromarxismus“, die der Chance der Bildung einer „Koalition“ mit den Christlichsozialen entgegenstanden,<sup>199</sup> sowie die nach 1927 „verstärkte Militarisierung“ des *Republikanischen Schutzbundes*, der eine Art paramilitärische Organisation der *Sozialistischen Partei* darstellte;<sup>200</sup> insgesamt aber setzen sie die Gewichte bei der Frage der „Verantwortungszuschreibung“ sehr anders.<sup>201</sup>

Entsprechend „wehren“ sie sich im allgemeinen „aufs entschiedenste gegen [...] die Theorie von der geteilten Schuld“<sup>202</sup> (zuweilen sogar gegen die Behauptung auch nur einer „Mitschuld“) und stempeln solche Thesen auch schon einmal als „völlig falsch“ ab<sup>203</sup>. Und gerade mit Blick auf die prozessuale Wende der Jahre 1933/34 erheben sie gegenüber ihren Kontrahenten den bereits problematisierten Vorwurf, eine „Koalitionsgeschichtsschreibung“ betreiben und im öffentlichen Bewußtsein verankern zu wollen<sup>204</sup>. Im Rahmen darüber stattfindender Diskussionen wurde – allerdings von politischer Seite aus – nichts weniger als die These einer bewußt geförderten „Geschichtslüge von der sogenannten ‚geteilten Schuld‘“ proklamiert<sup>205</sup>. Mit diesem Verdikt gemeinte

---

entscheidend, wie *wahr* eine solche *Antwort* beziehungsweise ein solches *Patentrezept* sein soll.

<sup>191</sup>Hanisch, *Der lange Schatten des Staates*. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, 2. Auflage, Wien 1995 (1994), S. 279.

<sup>192</sup>Hans Mommsen, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 58-60, hier S. 59.

<sup>193</sup>Ritter, *From Habsburg to Hitler*, S. 270 („greeted with controversy“).

<sup>194</sup>Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 279. Zur Debatte über sein Buch siehe kurz bei Gehler, *Zeitgeschichte*, S. 39-45.

<sup>195</sup>So zu Recht – kritisch – K. Stadler, *Diskussionsbeitrag*, S. 43.

<sup>196</sup>Adam Wandruszka, *Erbschaft*, S. 31. Vergleiche ders., *Historische Einführung*, in: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung VIII: 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934, Band 1: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß: 20. Mai 1932 bis 18. Oktober 1932, Bearbeiter Gertrude Enderle-Burcel, hrsg. v. Rudolf Neck/dems., Wien 1980, S. XIII-XVII, hier S. XVII.

<sup>197</sup>Siehe hierzu etwa K. Stadler, *Diskussionsbeitrag*, S. 43.

<sup>198</sup>Norbert Schausberger, *Der Griff nach Österreich*, München 1978, S. 387.

<sup>199</sup>Rudolf Neck, *Thesen zum Februar*. Ursprünge, Verlauf und Folgen, in: Das Jahr 1934, S. 15-24, hier S. 24.

<sup>200</sup>Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 291. Siehe dazu ausführlich Karl Haas, *Zur Wehrpolitik der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 75-84.

<sup>201</sup>So K. Stadler, *Diskussionsbeitrag*, S. 43.

<sup>202</sup>So etwa auch Otto Leichter, der kein Historiker ist (*Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 130-131, hier S. 130 (siehe dazu auch das folgende Zitat)).

<sup>203</sup>So Neck, *Thesen*, S. 24. Allein der „Regierung“ weist er auch die „Schuld“ dafür zu, daß 1938 *Anschluß* eine „begeisterte Zustimmung der Straße“ herrschte (*Diskussionsbeitrag*, in: Die Ereignisse des 15. Juli 1927, S. 235).

<sup>204</sup>K. Stadler, *Diskussionsbeitrag*, S. 43.

<sup>205</sup>So der nach dem *Anschluß* in die USA emigrierte und erst 1954 nach Österreich zurückgekehrte Manfred Ackermann (*Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 57-58, hier S. 57).

Kollegen wie Wandruszka stritten – gewissermaßen im Gegenzug – strikt ab, daß ihre Analysen von einer „Koalitionsideologie“<sup>206</sup> genährt würden. Dies bezeugt eindringlich die emotionale Brisanz dieses Themas. Schon alleine aufgrund seiner Komplexität, letztlich also infolge geschichtsbeziehungsweise erkenntnistheoretischer Erwägungen, dürften hierüber auch „künftige Diskussionen“ kein „übereinstimmendes Urteil“ erbringen.<sup>207</sup> Die emotionale Komponente mag allerdings mit zunehmendem Zeitabstand geringer werden.

Die Frage der Verantwortung für die sogenannte *autoritäre Wende* bildet aber nur einen unter mehreren heftig diskutierten Aspekten der Jahre 1933/34. Beispielsweise wird intensiv und zugleich emotional sowie mit verhärteten Fronten darüber gestritten, ob es sich bei dieser Wende um eine aufgrund der gegebenen innenpolitischen Verhältnisse – Stichwort Unregierbarkeit – praktisch unvermeidliche „Notlösung“, oder aber nicht vielmehr um einen gezielt angestrebten „Eigenweg“ zu einer Diktatur handelte?<sup>208</sup> Diesen Aspekt, der eng mit dem soeben eingehender erörterten Punkt zusammenhängt, lasse ich hier aber aus Platzgründen beiseite.<sup>209</sup>

Statt dessen wende ich mich nun, zweitens, einer anderen Debatte zu. Sie kreist um die Frage, inwiefern es im Österreich der *Ersten Republik* faschistische Bewegungen beziehungsweise Regime gegeben hat.

Die Beantwortung dieser Frage hängt naturgemäß sehr davon ab, was man unter Faschismus versteht.<sup>210</sup> Zwar kam es in Österreich kaum zu allgemeinen „Diskussionen über Faschismustheorien“, deren Vermeidung auch angemahnt wurde,<sup>211</sup> wahrscheinlich, um ebenso unendlichen wie fruchtlosen polemisch-politischen Debatten aus dem Weg zu gehen. Doch kann generell gesagt werden, daß Befürworter einer *generisch* orientierten Faschismustheorie bestimmten politischen Bewegungen der *Ersten Republik* oft faschistische Züge zuschreiben. Umgekehrt lehnen Verfechter einer *singulär* orientierten Faschismustheorie solche Etikettierungen im allgemeinen ab. Dabei neigen politisch eher *links* stehende Historiker gemeinhin generischen Faschismustheorien zu, während politisch eher *rechts* stehende Historiker häufig singulär angelegte Faschismustheorien favorisieren.

Die Kontroversen über die Existenz oder Nicht-Existenz eines „Austrofaschismus“ beziehungsweise eines regelrechten „austrofaschistischen‘ Herrschaftskomplexes“<sup>212</sup> entzündeten sich besonders mit Blick auf zwei historische Phänomene, nämlich die *Heimwehr* und das aus der Wende von 1933/34 hervorgegangene *ständestaatliche Regime*.

Zunächst zur Heimwehr, eine „aus den bürgerlichen und bäuerlichen Selbstschutzorganisationen der ersten Nachkriegszeit, aus den Abwehrverbänden gegen die Angriffe der Jugoslawen im Süden entstandene“ und in ihrer Zusammensetzung äußerst „heterogen“<sup>213</sup> Bewegung. Unter Verweis auf die Mitte der achtziger Jahre publizierte und bisher einzige umfassend angelegte Studie über die Heimwehr (Walter Wiltschegg) warnte etwa Wandruszka 1990 davor, sie als *halbfaschistisch oder auch nur als faschistoid* zu bezeichnen, wie es etwa der Zeitgeschichtler Karl Haas getan hat.<sup>214</sup> Allenfalls Züge eines „Möchtegernfaschismus“ oder eines „Maulfaschismus“ wollte ihr

<sup>206</sup>Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 60-62, hier S. 61.

<sup>207</sup>So allgemein dazu Ulrich Kluge, *Österreich zwischen Revolution und ‚Anschluß‘ (1918-1938)*, in: NEUE POLITISCHE LITERATUR, 1996, 41, S. 53-60, hier S. 50.

<sup>208</sup>Karl D. Bracher, *Nationalsozialismus*, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 1-27, hier S. 20.

<sup>209</sup>Hierzu sei insbesondere auf zwei Tagungsbände verwiesen: Erstens *Österreich 1927 bis 1938* und zweitens *Das Jahr 1934: 25. Juli*.

<sup>210</sup>Allgemein zu Faschismustheorien siehe: Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien*. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, 7., überarbeitete Auflage, Darmstadt 1997 (1972); Ernst Nolte, *Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus*, in: Theorien über den Faschismus, hrsg. v. dems., Köln/Berlin 1967, S. 1-75; Renzo de Felice, *Die Deutungen des Faschismus*, Göttingen 1980 (italienische Originalausgabe 1969).

<sup>211</sup>So hat Rudolf Neck eine solche „Diskussion“ zwar zum einen als „sehr notwendig“, zum anderen aber als wenig hilfreich beurteilt (*Diskussionsbeitrag*, in: Das Jahr 1934, S. 89). Hierin pflichtete ihm Felix Kreissler bei (*Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 96).

<sup>212</sup>Gerhard Botz, *Eine deutsche Geschichte 1938 bis 1945? Österreichische Geschichte zwischen Exil, Widerstand und Verstrickung*, in: ZEITGESCHICHTE, 1986, 14, S. 19-38, hier S. 23. Auch abgedruckt in: *Zeitgeschichte und politisches Bewußtsein*, hrsg. v. Bernd Hey/Peter Steinbach, Köln 1986, S. 160-185.

<sup>213</sup>Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 289. Allgemein dazu Walter Wiltschegg, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte, 7)*, Wien 1985.

<sup>214</sup>Haas, *Zur Wehrpolitik*, S. 75.

Wandruszka zugeschrieben wissen.<sup>215</sup> Damit hat er seine Beurteilung gegenüber früheren Jahren zwar nicht unbedingt modifiziert;<sup>216</sup> er fällte sie jedoch ungeachtet der sicher auch ihm bekannten Tatsache, daß mit Ernst R. Fürst Starhemberg niemand geringerer als der *Führer* der Heimwehr dieser Bewegung das Etikett „Austrofaschismus“ verliehen hat.<sup>217</sup> Ja, Wandruszka selbst hat diesen Mann einmal als „Faschisten“ charakterisiert.<sup>218</sup>

Hanisch hingegen spricht ohne Wenn und Aber von der „faschistischen Heimwehr“,<sup>219</sup> sein ehemaliger Kollege Neck konstatierte gleichfalls ohne Einschränkung eine „faschistische Machtergreifung“ der Heimwehr „im Bereich der Länder und der Gebietskörperschaften“.<sup>220</sup> Botz bezeichnet diese Bewegung als „Konkurrenzfaschismus“<sup>221</sup> und charakterisierte sie bereits Anfang der siebziger Jahre nicht weniger als „im vollen Sinne“ des Wortes „faschistisch“.<sup>222</sup> Daran hat sich auch später nichts geändert.<sup>223</sup> Der einst in Salzburg lehrende Historiker, der einmal eine „zunehmende Faschisierung Österreichs“ schon in den zwanziger Jahren konstatierte,<sup>224</sup> steht aber politisch ebenso eher links wie Neck. Dies gilt letztlich wohl auch für Hanisch, der freilich im allgemeinen vergleichsweise differenziert argumentiert. Dies unterscheidet ihn etwa von einem Kollegen wie dem Historiker Wolfgang Maderthaler: Er setzt zwar – bezogen auf den *Ständestaat* – den Begriff „Austrofaschismus“ in Anführungszeichen,<sup>225</sup> schreibt dafür aber der Heimwehr eine „dezidiert faschistische Programmatik“ zu.<sup>226</sup> So sieht es wohl auch der bis vor kurzem am Wiener *Institut für Zeitgeschichte* unterrichtende Anton Staudinger: Ihm zufolge hat sich die *Heimwehr* „zunehmend in Richtung Faschismus [...] emanzipiert“.<sup>227</sup>

Auch bezüglich der Einordnung des *Ständestaates* verlaufen die historiographischen Fronten oftmals entlang der politischen Einstellungen.<sup>228</sup> Das Beispiel der beiden zuvor genannten Historiker Wandruszka und Botz erweist dies eindringlich: Wandruszka beurteilt diese Herrschaftsform als eher gemäßigt-autoritär,<sup>229</sup> Botz hingegen zwar nicht als faschistisch im „engeren“ Sinne, aber doch als „halbfaschistisch-autoritär“,<sup>230</sup> als „eher“ eine „Kombination von Faschismus und traditioneller konservativer Diktatur“.<sup>231</sup> Außerdem bezeichnet er den *Ständestaat* im Gegensatz zu

<sup>215</sup> Wandruszka, *Diskussionsbeitrag von 1990*, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 60, hier sich auf Wiltschegg beziehend (*Heimwehr*, S. 270).

<sup>216</sup> Noch 1981 meinte er, „gewisse Heimwehrgruppen“ hätten sich „wirklich zum Faschismus bekannt“ (Adam Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Anschluß 1938, S. 371-372, hier S. 371).

<sup>217</sup> Zitiert nach Wiltschegg, *Heimwehr*, S. 269.

<sup>218</sup> Adam Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Das Jahr 1934, S. 78-88, hier S. 88.

<sup>219</sup> Ernst Hanisch, Wien: *Heldenplatz*, in: TRANSIT, 1998, 15, S. 120-140, hier S. 138.

<sup>220</sup> Neck, *Thesen*, S. 21.

<sup>221</sup> Botz, *Eine deutsche Geschichte*, S. 22.

<sup>222</sup> Gerhard Botz, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 66-67, hier S. 67; vgl. ders., *Der 15. Juli 1927, seine Ursachen und Folgen*, in: Ebd., S. 31-42, hier S. 40 („*Heimwehrfaschismus*“; vgl. S. 42). Von „Heimwehrfaschismus“ spricht auch Michael Gehler (*Politischer Wandel in ausgehender Monarchie und Erster Republik: Staat, Gesellschaft, Regierung, Parteien, Kommunikation*. Einführung am Beispiel von Affären und Skandalen, in: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, hrsg. v. dems./Hubert Sickinger, Thaur/München/Wien 1995, S. 19-52, hier S. 51).

<sup>223</sup> Siehe dazu indirekt Gerhard Botz/Albert Müller, *Differenz/Identität in Österreich*. Zu Gesellschafts-, Politik- und Kulturgeschichte vor und nach 1945, in: ÖSTERREICHISCHE ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFTEN, 1995, 6, S. 7-40, hier S. 16: „faschistischen Kräfte“; S. 17f.: „faschistische Bewegung der Heimwehr“.

<sup>224</sup> Gerhard Botz, *Der 15. Juli 1927*, S. 38.

<sup>225</sup> Wolfgang Maderthaler, *12. Februar 1934: Sozialdemokratie und Bürgerkrieg*, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Band 1: Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Rolf Steininger/Michael Gehler, Wien/Köln/Weimar 1997, S. 153-202, hier S. 165.

<sup>226</sup> Ebd., S. 175.

<sup>227</sup> Anton Staudinger, *Christlichsoziale Partei und Heimwehren bis 1927*, in: Die Ereignisse des 15. Juli 1927, 110-136, hier S. 136 (vgl. *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 251f., hier S. 251).

<sup>228</sup> Zum Forschungsstand siehe Laura Gellott, *Recent Writings on the Ständestaat, 1934-1938*, in: AUSTRIAN HISTORY YEARBOOK, 1995, 26, S. 207-238.

<sup>229</sup> Siehe dazu schon Adam Wandruszka in seinem 1954 publizierten Beitrag *Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen*, in: Geschichte der Republik Österreich, hrsg. v. Heinrich Benedikt, München 1954, S. 289-485.

<sup>230</sup> Gerhard Botz, *Zwischen Akzeptanz und Distanz*. Die österreichische Bevölkerung und das NS-Regime nach dem ‚Anschluss‘, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 428-455, hier S. 440. Von „halbfaschistisch-autoritär“ spricht er auch in seinem zusammen mit Müller publizierten Aufsatz *Differenz/Identität in Österreich* (S. 12).

<sup>231</sup> Botz, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 66.

einer „faschistischen Diktatur“ wie den Nationalsozialismus zwar als „eher traditional-autoritäres“ Regime, das aber doch eine „Reihe faschistischer Merkmale“ aufwies.<sup>232</sup> Zuweilen vermerkt er auch nur ein „stark von faschistischen Vorbildern beeinflusstes autoritäres Regime“.<sup>233</sup>

Auch der ebenfalls links orientierte und inzwischen emeritierte Wirtschaftshistoriker Norbert Schausberger erkennt im *Ständestaat* „typisch faschistische Merkmale“.<sup>234</sup> Dabei hebt er speziell auf die laut ihm bereits unter Bundeskanzler Dollfuß praktizierte „Strafsanktionierung der Gesinnung“ der Bürger ab. Besonders signifikant erscheint, daß Neck im Zusammenhang mit dem seiner Meinung nach von der „Arbeiterschaft“ geleisteten „Widerstand“ gegen den „Faschismus“ ausdrücklich die Bemerkung für notwendig erachtet, „dieses Wort ohne jede Abwandlung zu benützen“.<sup>235</sup> Dies zeugt wohl von dem Bewußtsein, hiermit ein heißes Eisen angepackt zu haben.<sup>236</sup>

Immerhin stehen nicht zuletzt in dieser Frage manche Urteile der eigentlichen politischen Position des jeweiligen Autors eher quer entgegen: So spricht Pelinka vom „autoritären Ständestaat“.<sup>237</sup> Der eigentlich wohl eine generische Faschismustheorie vertretende Hanisch<sup>238</sup> erblickt zwar in Dollfuß „vom Typus her“ eher keinen „Faschisten“,<sup>239</sup> sieht im *Ständestaat* aber doch faschistische Elemente als gegeben an: So weiß er von „Ritualen“ bei der *Vaterländischen Front*, „die in der Massenliturgie des Faschismus üblich waren“,<sup>240</sup> und spricht auch vereinzelt vom „Austrofaschismus“,<sup>241</sup> wobei er diesen Begriff nicht immer in Anführungszeichen setzt.<sup>242</sup> Diese, alles in allem etwas uneinheitliche Argumentation belegt freilich lediglich, wie schwer es ist, den *Ständestaat* auch nur einigermaßen zuverlässig in eine politische Systemtheorie einzuordnen, will man sein Wesen nicht in der einen oder anderen Richtung „verfälschen“.<sup>243</sup>

Ich komme damit zum dritten Fragekomplex. Er steht im Zusammenhang mit dem *Anschluß*. Eine hierbei kontrovers diskutierte Frage lautet: Hätte in den entscheidenden Märztagen unter allen Umständen militärischer Widerstand geleistet werden müssen?

In diesem Kontext herrscht über einen Punkt weitestgehend Einigkeit: Ein solcher Widerstand wäre aller Wahrscheinlichkeit nach allenfalls im „Anfangsstadium“, höchstens einige Tage lang, erfolgreich,<sup>244</sup> „à la longue“ jedoch mit Sicherheit „hoffnungslos“ gewesen.<sup>245</sup> An der schließlichen *Heimkehr der Ostmark ins Reich* hätte er mithin nichts zu ändern vermocht. Dies wird zum einen mit der eigenen militärischen Unterlegenheit begründet. Zum anderen erhebt sich hier die von Norbert Schausberger während einer einschlägigen Tagung über den *Anschluß 1938* zurecht formulierte Frage nach der „internationalen Reaktion [...] im Falle eines österreichischen Widerstandes“.<sup>246</sup> Freilich bildet dies prinzipiell eine „Hauptfrage“, wie er hinzusetzte, die seine Kollegen aber bezeichnenderweise nicht weiter aufgriffen. Sie erblickten hierin wohl eine Frage rein rhetorischer Natur: Das insbesondere ins Gewicht fallende Verhalten der Regierungen in Rom, London

<sup>232</sup> Gerhard Botz, *Schuschniggs geplante ‚Volksbefragung‘ und Hitlers ‚Volksabstimmung‘ in Österreich*, in: *Anschluß 1938*, S. 220-243, hier S. 223, S. 243.

<sup>233</sup> Botz, *Eine deutsche Geschichte*, S. 22.

<sup>234</sup> N. Schausberger, *Griff nach Österreich*, S. 257 (siehe dazu auch das folgende Zitat).

<sup>235</sup> Neck, *Februar 1934*, S. 104f.

<sup>236</sup> Später schrieb er auch den Christlichsozialen „faschistische Tendenzen“ zu (Neck, *Thesen*, S. 15).

<sup>237</sup> Anton Pelinka, *Der verdrängte Bürgerkrieg*, in: *Das große Tabu*, S. 143-153, hier S. 144.

<sup>238</sup> Siehe hierzu etwa seine Rede vom „faschistischen Block“ (*Überlegungen zum Funktionswandel des Antikommunismus*, in: *Zeitgeschichte im Wandel*, S. 37-45, hier S. 38).

<sup>239</sup> Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 298.

<sup>240</sup> Hanisch, Wien: *Heldenplatz*, S. 126.

<sup>241</sup> Ernst Hanisch, *Überlegungen zu einer Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert: Eine Replik*, in: *Probleme der Geschichte Österreichs und ihrer Darstellung*, hrsg. v. Herwig Wolfram/Walter Pohl (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs, 18), Wien 1991, S. 79-82, hier S. 82.

<sup>242</sup> So macht Hanisch einmal eine „austrofaschistische“ Elite in Regierung, Bürokratie, Polizei und Heimwehr aus“ (*Gab es einen spezifisch österreichischen Widerstand?*, in: *Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte*, hrsg. v. Peter Steinbach, S. 163-175, hier S. 166).

<sup>243</sup> Ludwig Reichhold hat einmal von einer „faschistischen Verfälschung des Ständestaates“ gesprochen (Diskussionsbeitrag, in: *Das Juliabkommen von 1936*, S. 390-391, hier S. 390).

<sup>244</sup> N. Schausberger, *Griff nach Österreich*, 572.

<sup>245</sup> Gordon Brook-Shepherd, *Diskussionsbeitrag*, in: *Österreich, Deutschland und die Mächte*, S. 315-316, hier S. 315.

<sup>246</sup> N. Schausberger, *Diskussionsbeitrag*, in: *Anschluß 1938*, S. 350-351, hier S. 351 (siehe dazu auch das folgende Zitat).

und Paris würde auch im Falle eines militärischen Widerstandes durch passive Hinnahme des nationalsozialistischen Vorgehens gekennzeichnet gewesen sein.

Weitestgehend Konsens besteht deshalb auch über den „einzigsten Zweck“ eines mit militärischen Mitteln geleisteten Widerstandes: Er hätte „Österreichs Ruf in der Nachkriegszeit verbessert“, wie es Gordon Brook-Shepherd noch vor rund einem Jahrzehnt unwidersprochen im Kreis österreichischer Kollegen formuliert hat.<sup>247</sup>

Anders formuliert: Wäre es gleichsam „symbolisch“<sup>248</sup> beziehungsweise aus moralischen Gründen in jedem Falle notwendig gewesen, militärischen Widerstand zu leisten? Genau hieran scheiden sich die Geister. Schon 1978 wurde dazu von politischer Seite aus im Rahmen einer einschlägigen Diskussion beinahe resignierend gemeint, man sei „schon wieder einmal bei der alten Frage, über die wir uns leider nicht einigen können“.<sup>249</sup> Und noch 1994 konnte auch von historiographischer Seite aus Hanisch diese Frage als „umstritten wie eh und je“ bezeichnen.<sup>250</sup>

Wir sehen: Bei dieser Problematik geht es nicht um die Suche nach unmittelbar wirksamen Handlungsalternativen. Zur Debatte stehen vielmehr die möglichen Auswirkungen der damaligen passiven Tolerierung des deutschen Einmarsches auf das internationale Ansehen Österreichs und das eigene Selbstverständnis in der Nachkriegszeit. Wie also „würde Österreich nach 1945 international dagestanden sein, wenn es Widerstand gegeben hätte“?<sup>251</sup>

Abgesehen davon, daß ja bereits die angeführte *Opferthese* die „internationale Position Österreichs“ in der Nachkriegszeit positiv begründet hat,<sup>252</sup> resultieren die hierzu vertretenen, weit in den Bereich kontrafaktischer Geschichtsschreibung hineinreichenden Auffassungen nicht aus wissenschaftlichen, sondern vielmehr aus Erwägungen moralischer beziehungsweise moralisch-politischer Natur. Dabei plädieren linksstehende Historiker gemeinhin für einen unbedingt zu leistenden militärischen Widerstand. Zumindest aber erachten sie es für erforderlich, die Frage nach dem Sinn eines solchen Widerstandes ernsthaft zu erörtern: Neben Norbert Schausberger<sup>253</sup> ist hier beispielsweise Eduard März zu nennen: Der mittlerweile verstorbene Wirtschaftshistoriker konstatiert die „Notwendigkeit“ eines Widerstandes am „12. März [...], selbst wenn er aussichtslos erschienen“ wäre.<sup>254</sup> Schließlich sei auch der „Widerstand der Sozialdemokraten im Februar 1934“ aussichtslos erschienen, aber „dennoch von den größten Folgen für die Moral der Arbeiterbewegung in den späteren Jahren“ gewesen. Einen „ähnlichen“ moralischen Schub vermutet März aber nun auch für „Österreich“ im Falle eines im März 1938 geleisteten Widerstandes. Ganz ähnlich argumentiert der einst in Rouen lehrende Felix Kreissler unter Anführung des Beispiels der „im illegalen Kampf“ agierenden „Widerständler der Jahre 1938 und 1939“.<sup>255</sup>

Wandruszka hingegen beurteilte die damaligen „Möglichkeiten“ der Regierung als „doch sehr, sehr beschränkt“.<sup>256</sup> Entsprechend nennt er die Skizzierung alternativer Handlungsoptionen „unnütze Gedankenspiele“ und indirekt eine Suche nach Wundern (ähnlich auch Weinzierl<sup>257</sup>). Dies „müssen wir als Historiker sagen“.<sup>258</sup> Bezeichnete es dabei Neugebauer ausdrücklich als „seltsam“, daß Wandruszka seine „eigene Meinung als die Meinung der Historiker angeben“ würde,<sup>259</sup> so bezeugt dies den hohen Grad an Emotionalisierung der Debatte.

Zwei weitere Momente verschärfen die Kontroverse noch zusätzlich: Zum einen wird den Sol-

<sup>247</sup> Brook-Shepherd, *Diskussionsbeitrag*, S. 315.

<sup>248</sup> Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 344.

<sup>249</sup> Fritz Bock, *Diskussionsbeitrag*, in: Anschluß 1938, S. 326-327, hier S. 326.

<sup>250</sup> Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 344.

<sup>251</sup> So Gerhard Botz in einem *Diskussionsbeitrag*, in: Anschluß 1938, S. 358.

<sup>252</sup> Felix Kreissler, *Nationswerdung und Trauerarbeit*, in: Das große Tabu, S. 127-142, hier S. 137.

<sup>253</sup> N. Schausberger, *Diskussionsbeitrag*, in: Anschluß 1938, S. 351. Siehe ähnlich Erwin Steinböck, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 352.

<sup>254</sup> Eduard März, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 356 (siehe dazu auch folgende).

<sup>255</sup> Felix Kreissler, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 357-358, hier S. 357.

<sup>256</sup> „Es wäre schön gewesen, wenn einmal das Christkind gekommen wäre oder wenn der Hitler auf einmal gestorben wäre, aber damit kommen wir ja eigentlich als Historiker nicht weiter.“ (Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 327-328, hier S. 328 (siehe dazu auch folgende); vgl. ebd., S. 356-357, hier S. 357).

<sup>257</sup> Erika Weinzierl, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 328.

<sup>258</sup> Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 328.

<sup>259</sup> Wolfgang Neugebauer, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 330-332, hier S. 330.



daten – ungeachtet einer partiell bereits stattgefundenen nationalsozialistischen Unterwanderung von Teilen des Heeres – im allgemeinen Widerstandsbereitschaft attestiert, zum anderen wollten Teile der österreichischen Führung damals durchaus Widerstand leisten.<sup>260</sup> Dies gilt insbesondere für den Generalstabschef Alfred Jansa – zweifellos eine „Schlüsselfigur“ für einen potentiellen österreichischen Widerstand<sup>261</sup> – sowie für Staatspräsident Wilhelm Miklas. Die militärische Widerstandsmöglichkeit kann also nicht nur als eine nachträglich von gleichsam besserwisserischen Historikern konstruierte Handlungsalternative abgetan werden. Sie bildete eine durchaus real bestehende Option, deren Erfolgsaussichten freilich äußerst gering gewesen sein dürften.

Dies wirft nun wiederum eine weitere Frage auf: Wer hat es letztlich zu verantworten, daß die Truppen in den Kasernen verharrten und der schon fertige Mobilmachungsbefehl in der Schublade blieb beziehungsweise erst verspätet herausgegeben wurde: Norbert Schausberger schreibt Bundeskanzler Kurt Schuschnigg hierfür einmal sogar nicht weniger als die „alleinige“ Verantwortung zu.<sup>262</sup> Er habe nicht nur „neutrale Militärs“ in entscheidenden Stellen plaziert, sondern zugleich Jansa in den Ruhestand geschickt,<sup>263</sup> hiermit „eine rein politisch“ – und also eben nicht moralisch-symbolisch motivierte – „Entscheidung“ getroffen und schon seit seinem Treffen mit Adolf Hitler am 12. Februar auf dem Obersalzberg „nicht mehr kämpfen“ wollen.<sup>264</sup> Eine Rolle spielte hierbei laut Schausberger auch ein „verhängnisvolles Stück Deutschnationalismus“<sup>265</sup>, worauf wir noch zurückkommen werden.

Vor diesem Hintergrund beurteilt Schausberger auch Schuschniggs Entschluß, die von dem Kanzler eigentlich für den 13. März anberaumte *Volksbefragung*<sup>266</sup>, in der die Bevölkerung über die Unabhängigkeit ihres Landes befinden sollte, doch noch abzusagen. Auch mit Blick auf diese vermeintlich „selbstmörderische Niederlage“<sup>267</sup> meint niemand, daß ein Festhalten an dieser „Flucht nach vorne“<sup>268</sup> den Vollzug des *Anschlusses* hätte verhindern können. Dennoch sehen manche Historiker in der Annullierung der Befragung einen folgenreichen Fehler. Die Meßlatte bilden dabei einmal mehr die daraus resultierenden, angeblich negativen Folgen für das moralische Ansehen Österreichs, wobei sich die Argumentationslinien größtenteils erneut mit den politischen Standpunkten decken.

Abschließend sei hierzu noch eine weitreichende Gemeinsamkeit zwischen Befürwortern und Gegnern eines Widerstandes hervorgehoben: Unter der Prämisse, den Anschluß eventuell doch noch zu verhindern, hätte dieser Widerstand beiden Lagern zufolge wesentlich früher als im März 1938 einsetzen müssen. Gemeinhin werden das von Berlin mit großem Nachdruck geforderte und forcierte Juliabkommen von 1936 beziehungsweise die rund sechseinhalb Monate „vor dem Abschluß des Vertrags mit Deutschland“ als „letzter“ möglicher „Zeitpunkt“ genannt<sup>269</sup> und sein Abschluß als die wichtigste „Zäsur“ zum Schlechteren beurteilt.<sup>270</sup> Dies gesteht selbst März zu.<sup>271</sup>

<sup>260</sup>Siehe hierzu Erwin A. Schmidl, *März 38*. Der deutsche Einmarsch in Österreich, 2. Auflage, Wien 1988 (1987), S. 47-57.

<sup>261</sup>Neugebauer/Steiner, *Widerstand*, S. 91.

<sup>262</sup>N. Schausberger, *Griff nach Österreich*, S. 561.

<sup>263</sup>Ebd., S. 499.

<sup>264</sup>Ebd., S. 565.

<sup>265</sup>Ebd., S. 566. Eine „politische [...] Entscheidung“ sieht partiell auch März als gegeben an (*Diskussionsbeitrag*, in: *Anschluß 1938*, S. 356).

<sup>266</sup>Es handelte sich um eine *Volksbefragung* und nicht um eine *Volksabstimmung*, wie noch heute immer wieder zu lesen ist. Dieser Unterschied ist fein, aber nicht unerheblich. Denn eine *Befragung* wird im allgemeinen weniger bindend als eine *Abstimmung* angesehen.

<sup>267</sup>Franz Müller, *Gemeinsam oder getrennt zum ‚Neubau in Mitteleuropa‘? Das ‚Dritte Reich‘ im Kampf gegen den ‚Ständestaat‘ 1933-1938*, in: *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung*, Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Michael Gehler/Rainer F. Schmidt/Harm-Hinrich Brandt/Rolf Steininger (Historische Mitteilungen, Beiheft 15), Stuttgart 1996, S. 481-496, hier S. 496.

<sup>268</sup>Alfred Kube, *Pour le mérite und Hakenkreuz*. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 243. Schuschniggs entsprechender Aufruf ist abgedruckt in: *Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, 1937/38*. Internationale Politik, Bd. 5, hrsg. v. Werner Frauendienst, Essen 1940, Nr. 118, S. 440f.

<sup>269</sup>März, *Diskussionsbeitrag*, S. 356. Allgemein zum Abkommen siehe: *Das Juliabkommen von 1936*.

<sup>270</sup>Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 322.

<sup>271</sup>„Ich gebe zu, daß es dann im [...] März 1938 zu spät war [...]“ (März, *Diskussionsbeitrag*, in: *Anschluß 1938*, S. 356).

Doch auch in dieser Beziehung sind die Fronten eher verhärtet. März zufolge hätte Schuschnigg „schon damals die Alternative eines bewaffneten Widerstandes gegen Hitlerdeutschland in Betracht ziehen“, wenn nicht sogar umsetzen „müssen“.<sup>272</sup> Zwar wären „wir dann sehr wahrscheinlich auf den Füßen stehend und kämpfend untergegangen, aber [...] die Geschichte hätte dann wohl doch etwas anders ausgeschaut“. Denn dadurch wäre „der übrigen Welt klar vor Augen geführt worden [...], daß der sogenannte Anschluß ein Gewaltakt und kein Akt der brüderlichen Vereinigung war“.<sup>273</sup> Andere lehnen solche Überlegungen, die nicht selten in *Schuldzuweisungen* zu münden drohen,<sup>274</sup> als fruchtlose *Wenn-und-Aber-Gedankenspielereien* ab. Sie beurteilen die außenpolitische Lage des Kanzlers schon damals als im Grunde genommen zu aussichtslos, um einen Widerstand rechtfertigen zu können, der eventuell militärisch-zivile Opfer kosten würde.<sup>275</sup>

Auf den ersten Blick scheint auch Neugebauer eine solche Position zu vertreten, erachtet er die damalige „außenpolitische Situation Österreichs“ doch als „ziemlich hoffnungslos“.<sup>276</sup> Dennoch will er die „austrofaschistischen Machthaber“ nicht aus ihrer „großen historischen Verantwortung [...] entlassen“, für die er wiederum „in erster Linie Schuschnigg selbst“ haftbar macht: Die Regierenden hätten den „Untergang Österreichs“ nicht weniger als „leichtfertig“ herbeigeführt und „schließlich kampfflos vor dem ärgsten Feind des österreichischen Volkes kapituliert“.<sup>277</sup> Obsiegt hier nicht doch subjektive politische Anschauung über das Streben nach objektiver historischer Beurteilung? Dies gilt um so mehr, als Neugebauer eine völlig undifferenzierte Lobeshymne auf die „Arbeiterbewegung“ anschließt: Sie sei „in allen ihren Teilen“ zur „Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs“ bereit gewesen.<sup>278</sup>

Die Widerstandsfrage wird noch in anderer Hinsicht kontrovers diskutiert: Wie steht es nämlich mit einem genuin österreichischen Widerstand gegen die Herrschaft des Nationalsozialismus in Österreich? Gab es überhaupt *einen spezifisch österreichischen Widerstand*, wie Hanisch einschlägige Überlegungen einmal überschrieben hat?<sup>279</sup> Dies bildet zugleich den vierten Komplex, der hier kurz angerissen werden soll. Seine Brisanz resultiert nicht zuletzt aus der einmal als „*Magna Charta* der Zweiten Republik“ bezeichneten *Moskauer Deklaration*.<sup>280</sup> Darin wurden die Österreicher nämlich nicht nur als Opfer bezeichnet, sondern auch zur Leistung eines „selbständigen Beitrags“ zu ihrer Befreiung aufgerufen.<sup>281</sup> Niemand bestreitet, daß ein solcher Beitrag geleistet worden ist. Doch gehen die Meinungen weit darüber auseinander, wie stark er war und ob er stark genug war.

Viel hängt hierbei von dem jeweiligen Verständnis von Widerstand ab: Dem Emigranten Klemens von Klemperer zufolge hat er zum größten Teil „individuell“, aber kaum als regelrecht organisierte „österreichische Widerstandsbewegung“, und in dieser Hinsicht allenfalls in Form von „kleinen Gruppen“ existiert.<sup>282</sup> Der in München eine Professur für Internationale Politik bekleidende Gottfried-Karl Kindermann hingegen bezeichnet ihn in direkter Abgrenzung von v. Klemperer als „eine ganz gewaltige historische Leistung“.<sup>283</sup> Hier verlaufen die Fronten einmal mehr parallel zu

<sup>272</sup>März, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 326.

<sup>273</sup>„Ich glaube, das müßten auch wir in Betracht ziehen.“ (Ebd.).

<sup>274</sup>Hans Mommsen mahnte diesbezüglich dazu, „unseren Gegenstand etwas aus einer moralischen Beleuchtung herauszunehmen. Man kann das Wort Schuld [...] durchaus eliminieren.“ (*Diskussionsbeitrag*, in: Das Juliabkommen von 1936, S. 366f., hier S. 367).

<sup>275</sup>So etwa Wandruszka, *Diskussionsbeitrag*, in: Anschluß 1938, S. 356 („Das galt in gewisser Hinsicht auch schon für das Jahr 1936 [...]“).

<sup>276</sup>Neugebauer, *Die illegale Arbeiterbewegung*, S. 154 (siehe dazu auch folgende).

<sup>277</sup>Von einem „kampfflosen Untergang“ spricht er auch anderswo (ders./Steiner, *Widerstand*, S. 102).

<sup>278</sup>Ders., *Die illegale Arbeiterbewegung*, S. 155.

<sup>279</sup>Hanisch, *Gab es einen spezifisch österreichischen Widerstand?*, S. 163.

<sup>280</sup>Thomas Albrich, *„Es gibt keine jüdische Frage“*. Zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos, in: Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, hrsg. v. Rolf Steininger, unter Mitarbeit v. Ingrid Böhler (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems, 1), Wien/Köln/Weimar 1994, S. 147-166, hier S. 148.

<sup>281</sup>Im Original ist von „her own contribution“ die Rede (Keyserlingk, *1. November 1943*, S. 34).

<sup>282</sup>Klemens v. Klemperer, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 533-535, hier S. 533.

<sup>283</sup>Gottfried-Karl Kindermann, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 536-537, hier S. 536. Siehe dazu pointiert ders., *Hitlers Niederlage in Österreich*. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehrsieg 1934, Hamburg 1984, S. 10f.

politischen Positionen: Zudem wird insbesondere von stark links orientierter – speziell politischer – Seite ein „bewußtes Unterspielen der Rolle der Kommunisten“ beklagt.<sup>284</sup> Nimmt es da Wunder, daß von politisch *rechter* Seite aus eine gezielte Vernachlässigung des konservativen Widerstands kritisiert wird?

Ich habe zuvor das Problem des *Deutschnationalismus* erwähnt. Damit ist indirekt auch schon die Essenz des fünften und letzten Komplexes angesprochen, den ich erörtern will: Er betrifft die Einstellung der österreichischen Bevölkerung im allgemeinen und von Regierungskreisen im speziellen gegenüber einem *Anschluß* und die hierfür verantwortlichen Motive.

Dabei dreht sich die Debatte zunächst darum, wie viele Österreicher für einen *Anschluß* waren. „Exakte“ Zahlen hierüber werden wohl niemals auch nur annähernd zu liefern sein:<sup>285</sup> Erstens fehlen entsprechende Umfragen, zweitens hat Schuschnigg seine Volksbefragung ja abgeblasen und drittens kann die von Hitler am 10. April durchgeführte Volksabstimmung nicht als frei bezeichnet werden.<sup>286</sup>

Für den März 1938 wird aber oft mit nur rund 30-40 Prozent Befürwortern eines Anschlusses kalkuliert. Deshalb führt Hanisch Hitlers triumphalen und nicht nur bestellten beziehungsweise angeordneten Empfang auf einen „kollektiven Orgasmus“ zurück, der nicht mit „Zustimmung zum Nationalsozialismus verwechselt werden“ dürfe.<sup>287</sup> Gerald Stourzh konstatiert ein vorübergehendes „massenpsychologisches ‚Umkippen‘“.<sup>288</sup> Ganz ähnlich spricht v. Klemperer von einer „Massenpsychose“: Ihr könne man nicht mit „Mitteln einer rationalen, auf Sozialanalyse beruhenden Prozentrechnung beikommen“.<sup>289</sup> Zudem wird betont, daß die mit dem *Anschluß* verknüpften Hoffnungen bald Ernüchterung gewichen seien. Kritiker einer solchen Deutung nennen die erwähnten Zahlenangaben eine „müßige Spekulation“.<sup>290</sup> Sie deuten die bei Hitlers Blumenfeldzug vielfach auch über nationalsozialistische Kreise hinaus herrschende Begeisterung als klares Zeichen für tiefer gelegene, mental bedingte Zustimmungsmotive. Dies mag erklären, warum etwa Botz das „Ja-Ergebnis von 99 Prozent“ der Hitlerschen Volksabstimmung zwar einerseits „terroristischer Einschüchterung“ zuschreibt, sie aber zugleich „als Ganzes“ für „durchaus nicht gefälscht“ erachtet.<sup>291</sup>

Worin sollen diese *tieferen* Motive nun aber bestanden haben? Hier wird häufig der seit dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches grassierende Glaube geltend gemacht, das als Rumpfstaat empfundene Österreich sei wirtschaftlich auf sich alleine gestellt nicht überlebensfähig.

Das Gewicht dieses Motivs, das allerdings durchaus unterschiedlich begründet gewesen sein kann,<sup>292</sup> leugnen auch jene nicht, die ihm lediglich sekundäre Bedeutung zuweisen. Ein prominenter Zeitgenosse wie der Sozialistenführer Victor Adler hat nun einmal seine Forderung nach einer freilich zumeist relativ föderativ ausgeprägten „Angliederung“ an Deutschland – etwa in Form eines „Sonderbundstaates“ – nicht nur unter dem unmittelbaren Eindruck des Endes der Doppelmonarchie insbesondere mit einem bestehenden ökonomischen „Zwang“ begründet.<sup>293</sup> Doch wird in dieser Beziehung manchmal die Konstruktion einer regelrechten „Legende“ und deren bewußte Instrumentalisierung vorgeworfen. Dabei soll es darum gehen, die entscheidenden Anschlußmotive zu verschleiern, nämlich „Existenzängste“, „Heimatlosigkeit“ sowie den Wunsch nach wiederhergestellter „politischer Größe“.<sup>294</sup> Vor allem jedoch sollen viele Österreicher während der gesamten

<sup>284</sup>Leopold Hornik, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 240-242, hier S. 241.

<sup>285</sup>Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 345.

<sup>286</sup>Zu deren Modalitäten und Durchführung siehe Gerhard Botz, *Schuschniggs geplante ‚Volksbefragung‘ und Hitlers ‚Volksabstimmung‘ in Österreich*. Ein Vergleich, in: Ders., *Krisenzonen einer Demokratie*, S. 249-277.

<sup>287</sup>Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 346.

<sup>288</sup>Stourzh, *Vorwort*, S. IX-X.

<sup>289</sup>V. Klemperer, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 465.

<sup>290</sup>N. Schausberger, *Griff nach Österreich*, S. 553.

<sup>291</sup>Botz, *Eine deutsche Geschichte*, S. 24.

<sup>292</sup>Siehe dazu entsprechende grundsätzliche Überlegungen bei: N. Schausberger, *Österreich*, S. 229-264, hier S. 229f.; siehe gleichfalls Franz Mathis, *Wirtschaft oder Politik? Zu den ‚wirtschaftlichen‘ Motiven einer politischen Vereinigung zwischen 1918 und 1938*, in: *Ungleiche Partner?*, S. 427-439.

<sup>293</sup>Adler am 21. Oktober 1918 (zitiert nach Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 265).

<sup>294</sup>Walter Goldinger/Dieter A. Binder, *Geschichte der Republik Österreich 1918-1938*, Wien/München 1992, S. 82-83.

Epoche der *Ersten Republik* ein ethnisch-kulturell begründetes Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Deutschen empfunden haben, das bis in die höchsten Regierungsspitzen hinein reichte.

In letzterer Hinsicht wird dann gerne auf die nicht zuletzt von Schuschnigg favorisierte und propagandistisch geförderte Vorstellung vom sogenannten *zweiten* und angesichts der Verhältnisse im Dritten Reich auch *besseren* deutschen Staat verwiesen. Auch der Bundeskanzler sei dem „Deutschnationalismus verbunden“ geblieben, meint etwa Botz,<sup>295</sup> hingegen war sein Vorgänger Dollfuß wiederum Botz zufolge „noch dem groß- und gesamtdeutschen Denken verpflichtet“, und zwar „selbst in seinem Versuch, aus staatspolitischer Rason ein Österreich-Bewußtsein zu schaffen“.<sup>296</sup> Es verwundert nicht, daß demgegenüber von eher konservativer Seite aus die Ausformung eines österreichischen *Sonderbewußtseins* – verstanden als „Abwendung von den vielgestaltigen Formen des Anschlußdenkens“ sowie einer „entschiedenen Hinwendung der regierenden Kräfte zum Willen zur österreichischen Eigenstaatlichkeit“ – als der „revolutionärste Wendepunkt in der politischen Geistesgeschichte des republikanischen Österreich“ bezeichnet wird.<sup>297</sup>

Grassierte nun aber damals der ethnische *Anschluß*-„Traum“, verdeckt oder offen, tatsächlich in weitesten Kreisen, vielleicht mit der einzigen Ausnahme der Monarchisten beziehungsweise Legitimisten?<sup>298</sup> Also auch bei vielen Einwohnern, die weder im März 1938 noch im April für eine Angliederung an das Deutsche Reich gestimmt hätten? Oder aber wurde er vielfach allenfalls „mit halbem Herzen“ verfochten, wie es in der bis heute „strenggenommen“<sup>299</sup> einzigen aus universitärer Feder stammenden Gesamtdarstellung zur *Ersten Republik* heißt,<sup>300</sup> sieht man einmal von der von Heinrich Benedikt herausgegebenen *Geschichte der Republik Österreich* aus dem Jahre 1954 ab.<sup>301</sup>

Immerhin herrscht mit Blick auf die Zustimmung zu einem *Anschluß* Einigkeit über die einschneidende Bedeutung des 30. Januar 1938, also über Hitlers Machtergreifung. Sie wurde als ein die Existenz Österreichs unmittelbar bedrohendes Ereignis wahrgenommen. Dies „diskreditierte“ wenigstens partiell die „Anschlußideologie“<sup>302</sup> und bewirkte damit einhergehend die verstärkte Ausbildung eines nicht mehr am Habsburgerreich, also rückwärtsgewandt, sondern vielmehr genuin auf den kleinen Nachfolgestaat bezogenen Österreichbewußtseins, beziehungsweise es gelang, ein solches von oben in breiteren Kreisen zu verankern; ob es freilich bis Anfang 1938 mehr als nur zarte Wurzeln schlagen konnte, darüber wird gestritten.

Dieser Streit wird sehr intensiv geführt,<sup>303</sup> was nicht erstaunt, trifft er doch gleichsam den Nerv des österreichischen Selbstverständnisses, wie es sich nach 1945 entwickelt hat. Es geht hier um nicht weniger als um das Bewußtsein, eine eigene, wenn auch „verspätete“<sup>304</sup> österreichische Nation zu bilden, ungeachtet eingestandener ethnischer oder auch nur kultureller Gemeinsamkeiten mit den Deutschen.

Heutzutage wird dieses Bewußtsein als mehr oder weniger fest verankert bei den meisten Staatsbürgern erachtet, trotz eines Phänomens wie Jörg Haider und seiner Anhänger.<sup>305</sup> Wie kann dies aber sein, wenn doch wenigstens bis zum *Anschluß* nur verhältnismäßig wenige Einwohner „österreichisch“ gedacht haben sollen? Hinweise auf Entwicklungen in der Nachkriegszeit wie die Ver-

<sup>295</sup> Botz, *Eine deutsche Geschichte*, S. 22.

<sup>296</sup> Ebd., S. 19.

<sup>297</sup> Kindermann, *Zur neuen Selbstfindung Österreichs*, S. 285.

<sup>298</sup> Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 265; S. 266.

<sup>299</sup> So richtig Kluge, *Österreich*, S. 53.

<sup>300</sup> Goldinger/Binder, *Geschichte*, S. 74.

<sup>301</sup> *Geschichte der Republik Österreich*. Dieses, unter Mitarbeit von Walter Goldinger, Friedrich Thalmann, Stephan Verosta und Adam Wandruszka entstandene Werk wurde aber dem Anspruch nur bedingt gerecht, eine möglichst „unbefangene, wissenschaftlicher Kritik standhaltende Geschichte einer Zeit zu schreiben, welche die Bearbeiter selbst miterlebt haben“ (so Benedikt, in seinem *Vorwort*, S. 7-14, hier S. 7).

<sup>302</sup> Neck, *Diskussionsbeitrag*, in: *Österreich* November 1918, S. 189.

<sup>303</sup> Zur Entwicklung der einschlägigen Diskussion siehe etwa: Gernot Heiss, *Pan-Germans, Better Germans, Austrians: Austrian Historians on National Identity from the First to the Second Republic*, in: *GERMAN STUDIES REVIEW*, 1993, 16, S. 411-433.

<sup>304</sup> Ernst Hanisch, *Anklagesache: Österreichische Gesellschaftsgeschichte*, in: *ÖSTERREICHISCHE ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFTEN*, 1995, 6, S. 457-466, hier S. 459.

<sup>305</sup> Siehe dazu etwa Ernst Bruckmüller, *Nation Österreich*. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse (Studien zu Politik und Verwaltung, 4), 2., ergänzte und erweiterte Auflage, Wien/Köln/Graz 1996, insbesondere S. 61-85.

ankerung der „österreichischen Neutralität“, die zum „Kristallisationspunkt eines eigenwüchsigen Nationalbewußtseins“ geworden sein soll, beantworten diese Frage bestenfalls teilweise.<sup>306</sup>

Deshalb verweisen die einen auch oft entweder auf die direkte Erfahrung der nationalsozialistischen Herrschaft: Sie habe vielen Österreichern gleichsam die Augen über *das wahre deutsche Wesen* geöffnet, dem Jahr 1938 „aus Sicht der österreichischen Gegenwart“ sogar „eine gewisse positive Bedeutung zugemessen“, bedeutete „doch der Anschluß letzten Endes den entscheidenden historischen Impuls zur Bildung einer österreichischen Nation im modernen Sinne“.<sup>307</sup> Oder es wird behauptet, daß auch schon vor 1938 wesentlich mehr Österreicher als angenommen genuin österreichisch gefühlt hätten.

Die anderen hingegen sehen vor allem in der zweiten Annahme eine Verzerrung, wenn nicht gar eine Verdrängung der Realität. Ihnen zufolge empfanden sich sowohl vor<sup>308</sup> als auch nach dem Krieg zunächst noch viele Österreicher gleichsam als Deutsche,<sup>309</sup> ein „seit 1945 tabuisiertes“ Wort, wie Fellner vor rund zwei Jahrzehnten recht treffend festgestellt hat,<sup>310</sup> ohne daß man deshalb gleich unter Rückgriff auf letztlich alltagspsychologische Erfahrungen „neurotische Berührungangst“ und „hysterische Identitätskriecherei“ konstatieren muß.<sup>311</sup>

Die Diskussion kreist also letztlich um folgende, nach wie vor tages- beziehungsweise gesellschaftspolitisch aktuelle Frage: Waren Österreicher wirklich Österreicher, oder waren sie nicht vielmehr Deutsche oder zumindest Deutschösterreicher, oder aber umgekehrt österreichische Deutsche? Diese Frage, die zugleich das Problem einer eventuell „häufig überzeichneten Betonung des ‚Österreichischen‘ in Absetzung vom ‚Deutschen‘“ aufwirft,<sup>312</sup> kann nicht mehr Gegenstand meiner Analyse sein. Wahrscheinlich aber trifft für nicht wenige österreichische Staatsbürger auch lange nach 1945 zu, was Hanisch für das 19. Jahrhundert ausgemacht hat, nämlich die Tatsache einer „charakteristischen doppelten Identität“: in „staatlicher“ Hinsicht „österreichisch“, in „ethnischer“ Hinsicht jedoch „deutsch“.<sup>313</sup>

## Schlußbetrachtung

Ich komme zum Schluß: Stellt nun für österreichische Historiker die Beschäftigung mit der eigenen nationalen Vergangenheit *das* große historiographische Tabu dar oder nicht?

In zweierlei Hinsicht kann dies verneint werden: Zum einen gab und gibt es ja zweifellos eine ganze Reihe von teilweise scharf ausgefochtenen Historikerkontroversen. Die heißen Eisen werden also sehr wohl aufgegriffen und intensiv diskutiert. Zum anderen hat die österreichische Zeitgeschichtsforschung in den letzten Jahrzehnten durchaus wichtige und keinesfalls nur den Vorgaben einer wie auch immer gearteten *Koalitionsgeschichtsschreibung* verpflichtete Ergebnisse erbracht. Insofern kann also bestenfalls bedingt von einem Tabu und vielleicht noch weniger von einem gar großen Tabu gesprochen werden.

Doch bildet dies nur die eine Seite der Medaille: Denn auf der anderen Seite wurden die besagten heißen Eisen teilweise mit gehöriger Verspätung aufgegriffen. Außerdem haben politisch und auch moralisch motivierte Beurteilungen das historiographische Urteil häufig getrübt. Dabei

<sup>306</sup>Bernd Rill, *Die österreichische Neutralität als Kristallisationspunkt eines eigenwüchsigen Nationalbewußtseins*, in: Nationalismus in Europa nach 1945, hrsg. v. Heiner Timmermann (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, 96) Berlin 2001, S. 287-304, hier S. 287.

<sup>307</sup>Neck/Wandruszka, *Vorwort*, in: Anschluß 1938, S. 9.

<sup>308</sup>In diesem Sinne „energisch“ Botz (*Eine deutsche Geschichte*, S. 19).

<sup>309</sup>In dieser Richtung argumentiert etwa, wenn auch verhalten, Botz, ebd., S. 33.

<sup>310</sup>Fritz Fellner, *Die Historiographie zur österreichisch-deutschen Problematik als Spiegel der nationalpolitischen Diskussion*, in: Österreich und die deutsche Frage, S. 33-59, hier S. 34.

<sup>311</sup>Siegfried Mattl/Karl Stuhlpfarrer, *Abwehr und Inszenierung im Labyrinth der Zweiten Republik*, in: NS-Herrschaft in Österreich, S. 911-935, hier S. 903. Daß die Autoren sich von solcher Berührungangst und Hysterie ausschließen, versteht sich von selbst. Bereits 1956 bemängelte Roland Nitsche, der Österreicher sei „mit sich selbst nicht fertig geworden“ (*Der Historiker und die Nation*. Über die vorhandene deutsche und die fehlende österreichische Geschichtsschreibung, in: FORUM, 1956, 3, S. 132-136, hier S. 132).

<sup>312</sup>So Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955*, 4., völlig überarbeitete und wesentlich erweiterte Auflage (Studien zu Politik und Verwaltung, 62), Wien/Köln/Graz 1998, S. 26f.

<sup>313</sup>Hanisch, Wien: *Heldenplatz*, S. 137.

sind die erwähnten Kontroversen und andere mehr nicht nur noch von rein historischem Interesse. Vielmehr wohnt ihnen eine aktuelle politische und teilweise auch gesellschaftspolitische Relevanz inne.

Etwas vereinfacht ausgedrückt, geht es stets um die Frage der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit Österreichs, der Österreicher, der Deutschösterreicher, der österreichischen Deutschen zur deutschen Geschichte. Die Brisanz dieser Frage belegt nicht zuletzt die Mitte der achtziger Jahre durch den Kieler Historiker Karl D. Erdmann entfachte Auseinandersetzung, inwiefern es sich bei Österreich, der Bundesrepublik Deutschland sowie der Deutschen Demokratischen Republik um *Drei Staaten, Zwei Nationen, ein Volk* handelt. Dies hat eine kontroverse Diskussion in Österreich selbst ausgelöst<sup>314</sup>, wobei es für die Teilnehmer nicht zuletzt darum ging, „ein Bekenntnis zur österreichischen Nation“ abzulegen.<sup>315</sup>

Man kann es noch zuspitzen: Es geht bei österreichischen Historikerkontroversen letztlich um die richtige Art der „Bewältigung der Vergangenheit“, wie einmal formuliert wurde<sup>316</sup>. Und, noch zugespitzter: *Läßt sich die Geschichte der Ersten Republik – ungeachtet aller Verirrungen und Wirrungen – in irgendeiner Form **positiv** in das nationale Geschichtsbild integrieren?*

Diese Fragen lassen sich sicherlich auch für den deutschen Fall stellen. Aspekte wie die Suche nach Identität und Standortgebundenheit spielen eben überall eine Rolle. Sie beeinflussen auch Historiker in ihren Urteilen, bewußt oder unbewußt. Deshalb sollte man sich vor dem Glauben hüten, daß eine Geschichtsforschung wie die bundesrepublikanische, die wenigstens nach außen hin weniger politisiert ist beziehungsweise erscheint als die österreichische, per se objektiver sein muß. Vielmehr sollte das österreichische Beispiel die Augen schärfen für eigene, wenn auch vielleicht weniger offensichtliche subjektive historiographische Maßstäbe der Beurteilung.

---

<sup>314</sup>Siehe hierzu Bruckmüller, *Nation Österreich*, S. 53-60.

<sup>315</sup>So indirekt Ernst Bruckmüller, *Die Frage nach dem Nationalbewußtsein in der österreichischen Geschichte unter sozialhistorischem Aspekt*, in: Probleme der Geschichte Österreichs, S. 49-55, hier S. 50.

<sup>316</sup>So der ehemalige Redakteur der *Arbeiter-Zeitung* Friedrich Scheu, *Diskussionsbeitrag*, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 84. Siehe etwa Stellungnahme Felix Kreissler, *Diskussionsbeitrag*, in: Ebd., S. 129.